

die Vermutung zu, dass das politikulturelle Stereotyp einer politisch wachsam bis kritischen, potenziell aufmüpfig-subversiven Studentenschaft, das gewöhnlich mit „1968“ assoziiert wird, ein entscheidendes Vorbild im frühen 19. Jahrhundert hat, ja subkutan vielleicht sogar dort, beim „ältere[n] Bruder von 1848“⁷⁰⁹, wurzelt; der Vergleich über die hier konstatierte Achse freiheitlicher Traditionen jedenfalls wurde in den 1960er und 1970er Jahren oft angestellt.⁷¹⁰

II.2.2 Gescheiterte Außerparlamentarische Opposition, modernisierte politische Kultur: Die westdeutsche Studentenbewegung von „1968“

„68 ist [...] immer noch hochbelastet mit den privaten Mythen der Beteiligten, sei es, dass sie nun als Veteranen des Barrikadenkampfes über das Versiegen des Elans in der heutigen Jugend klagen, oder sei es dass sie nunmehr etabliert ihre Jugendsünden vertuschen oder belächeln, oder sei es, dass sie ein unausrottbares Ressentiment hegen, dass so etwas überhaupt passieren konnte, oder sei es, dass sie nach schwierigen Prozessen, wie soll man sagen, der Amnesie und der Amnestie, des Vergebens und Vergessens das Ganze ohnehin zu einer Bagatelle werden lassen.“⁷¹¹

Diese ermüdete Einschätzung von Wolfgang Eßbach, dem ehemaligen Vorsitzenden des SDS-dominierten Göttinger AStAs der Jahre 1967 und 1968, der heute zur Position des versiert-deskriptiven geistesgeschichtlichen Chronisten neigt, illustriert eine besondere epistemologische Hürde der Auseinandersetzung mit dem Thema dieses Kapitels. Das Signum „1968“ sperrt sich, sowohl aufgrund der Vieldeutigkeit der in ihm sich kreuzenden Entwicklungen, Ereignisse und Bilder,⁷¹² aber auch wegen der konkurrierenden Einschätzungen und Deutungsversuche, einem unvoreingenommenen Exkurs. Die Frage „Wie über 1968 schreiben?“⁷¹³ treibt auch die versiertesten Kenner der Materie um. Sicher liegt in dem Akt der Historisierung ausgewählter Zeitspannen ein generelles Problem auch geschichtswissenschaftlicher Zugänge. Das Entscheidende ist hier

709 Agnoli, Johannes: 1968 und die Folgen, Freiburg 1998, S. 31.

710 Vgl. *ibid.*, ferner Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 5, retrospektiv Thielbeer: Universität und Politik 1848, Vorwort, und die vergleichende Anlage der bereits zitierten Arbeit von Bartol: Ideologie und studentischer Protest.

711 Eßbach, Wolfgang: 8. Vorlesung: II. Marxbilder, in: Karl Marx und die Frage nach der Gesellschaft (Theorie I), Podcasts der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Winter 2004-2005, 01:16-2:00, online einsehbar unter: <https://www.podcasts.uni-freiburg.de/geschichte-gesellschaft/gesellschaft/karl-marx-und-die-frage-nach-der-gesellschaft-theorie-i-winter-2004-2005> [eingesehen am 01.08.2019]

712 Michael Th. Greven liefert eine Auswahl von elf „Protestepisoden“ der 1960er Jahre jenseits der Studentenbewegung, deren spezifische Verläufe und Auseinandersetzungen zu berücksichtigen seien: Ostermarsch-Bewegung, Anti-Vietnamkriegs-Bewegung, Universitätsreformbewegung, Anti-Notstandsbewegung, US-inspirierte Bürgerrechtsbewegung, Kommune-Bewegung, „Rote Punkt Bewegungen“, Schüler- und Lehrlingsbewegungen, „Literaturproduzenten-Bewegung“, marxistisch-leninistische Parteikommunisten und neue Frauenbewegung. Vgl. Greven: Systemopposition, S. 24f. Der wohl umfangreichste Überblick über die Vorgeschichte studentischen Protests in der Bundesrepublik ab 1957 findet sich in Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957-1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008.

713 Kraushaar, Wolfgang. 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 7.

jedoch: Fünfzig Jahre verstrichener Zeit haben es augenscheinlich nicht vermocht, Zeitgeschichte in Historie aufzulösen.⁷¹⁴ Die Erinnerung an „1968“ war und ist, nicht nur in Deutschland, Gegenstand von „Deutungskämpfen“⁷¹⁵. Lange dominierten autobiographische (Selbst-)Zeugnisse das Bild der Ereignisse, erst im Verlauf der 1980er Jahre trat die verstärkte politische und wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema hinzu. Die schon zur Jahrtausendwende unüberschaubar gewordene Literatur wächst immer weiter – zumeist anlässlich von Jubiläumsjahren wie 1998, 2008 und 2018 – an. Insbesondere jüngere Rückblicke und Revisionen treten dabei mit dem Gestus unvoreingenommener Frische und mythendekonstruierenden Scharfsinns auf⁷¹⁶; zu dem Ritual gehört aber auch, dass den jeweiligen Neuerscheinungen ihr geringer Neuigkeitswert vorgehalten wird.⁷¹⁷ An dieser zeithistorischen Debatte soll hier möglichst nicht teilgenommen werden. Dennoch: Wer sich mit der studentischen Oppositionsbewegung der 1960er Jahre auseinandersetzt, hat die Aufgabe, ein grundlegendes Verständnis der bedingenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, Voraussetzungen und kollektiven Triebfedern, der auslösenden Ereignisse, formativen Auseinandersetzungen und gesellschaftspolitischen Folgen dieser Bewegung herauszuarbeiten und das Spektrum der Bewertungen verständlich zu machen. Dabei sollte vorab festgehalten werden, dass studentischer Protest linksradikaler Provenienz zwar schon ab 1960 wiederholt aufgetreten war, und es auch nach „1968“ weiterhin tat. Doch von einer Studentenbewegung „in voller Herausbildung“⁷¹⁸, d. h. von einem zusammenhängenden und koordinationsfähigen Aktionsbündnis, kann – wie im Folgenden gezeigt werden soll – nur im Hinblick auf die zwischen 1966 und 1967 als konstituierte und 1968 bereits wieder zu zerfallen beginnende Außerparlamentarische Opposition (APO) die Rede sein. Insofern wird im Folgenden nur am Rande auf die gesamtgesellschaftliche und internationale Tragweite der um die „Chiffre 68“⁷¹⁹ zentrierten transformativen und an politischen Bewegtheiten reichen Jahre eingegangen; die von SDS-Aktivist*innen geschmiedete APO ist eben

714 Der von Kraushaar im Jahr 2000 angegebene entscheidende Grund für die Unmöglichkeit der Historisierung von „1968“, nämlich dass „die meisten der Beteiligten selbst noch von dem, was sie erlebt haben, Zeugnis abliefern [sic] können“, gilt auch heute noch. Ibid.

715 Behre, Silja: *Bewegte Erinnerung. Deutungskämpfe um ‚1968‘ in deutsch-französischer Perspektive*, Tübingen 2016, S. 3 und 17.

716 Vgl. exemplarisch Hodenberg, Christina von: *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte*, München 2018 – eine Monographie, die vermittels ihres Klappentextes den wenig bescheidenen Anspruch erhebt, „das in den Blick“ zu nehmen, „was sonst meist ausgeblendet wird“ (nämlich das gesamtgesellschaftliche Resonanzfeld von „1968“) und damit „die erste wahre [!] Gesellschaftsgeschichte der Revolte von 1968“ zu liefern.

717 Zwei Literaturberichte zu den Publikationswellen von 2008 und 2018, die den auf der Hand liegenden kommerziellen Verlagsinteressen und dem erhofften Reputationszugewinn der beteiligten Autorinnen und Autoren genüsslich die geringe inhaltliche Originalität der zeitgenössischen Beiträge vorhalten, stellen die Wiederholung zentraler Motive ebenso heraus wie die weiterhin bestehende Schwierigkeit, abschließende Urteile zu fällen: Vgl. Söllner, Alfons: „1968“ – eine Nachlese“, in: *Mittelweg* 36, H. 6/2008/09, S. 33–60 und Schmidt, Rudi: *Der späte Nachhall von ’68 – Alte Erkenntnisse in neuen Gewändern?*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70. Jg., H. 4/2018, S. 705–725.

718 Bauß: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre*, S. 14.

719 Claussen: *Chiffre 68*.

nur ein (deutscher) Teil von „1968“, ⁷²⁰ wenn auch der hier maßgeblich interessierende Teil. Die in Westdeutschland maßgebliche katalysierende Wirkung der Ereignisse von 1967 wird dabei zeigen, dass die Formulierungen „1968“ und „68er-Bewegung“, die den Gesamtzusammenhang globaler Protesterscheinungen in den westlichen Industrienationen bezeichnen, im deutschen Kontext schon wegen der politischen Heterogenität der beteiligten Strömungen Missverständnisse provozieren.

Um aber das Vorfeld der entscheidenden Umbrüche der 1960er Jahre in den Griff zu bekommen, welche sich zum „soziomentalen[n] Vulkanausbruch“ ⁷²¹ von 1967/68 aufgebaut haben, empfiehlt es sich, noch einmal an der vielfach konstatierten politischen Katerstimmung der Nachkriegsjahre und der darauf folgenden Phase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sowie der – je nach Sichtweise und politischer Färbung – gesellschaftlichen „Restauration“ bzw. „Modernisierung“ ⁷²² anzusetzen. Jugendliche und junge Erwachsene, zumal die Akademiker unter ihnen, waren gezeichnet vom Krieg – ein Drittel von ihnen stammte etwa in Bremer Schulen aus einer „ausgebombten“ Familie ⁷²³ –, litten am materiellen Elend, dem vielfachen Statusverlust der Elternhäuser und am ruinösen Zustand der im langsamen Wiederaufbau befindlichen Bildungsinstitutionen. ⁷²⁴ In wenigen Jahren wurden die Tage der Wohnungsnot und des Hungers allerdings durch ein beispielloses wirtschaftliches Wachstum, durch eine breite Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge und durch eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards abgelöst. ⁷²⁵ Wo der Nationalsozialismus noch die „Politisierung“ der Massen forcierte, herrschte nun die Direktive der – insbesondere materiellen – „Normalisierung“. ⁷²⁶ An den Universitäten und unter den zahlreicher werdenden Studierenden erblühte ein reges Interesse an der Restauration vermeintlicher kultureller Traditionen und an der geradezu realitätsabgewandt-intellektualisierten Suche nach Erkenntnis und Wahrheit, wo mancher Exilant des NS-Terrors eigentlich die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der Vergangenheit gesehen hätte. ⁷²⁷ Zwischen 1950 und 1960 wuchs die westdeutsche Bevölkerung, auch durch Wanderungsgewinne (durch Flüchtlinge und zurückkehrende Vertriebene), um ca. 11 Prozent, noch bis 1961/62 stieg die Heiratsneigung und sank das Heiratsalter infolge des Wirtschaftswachstums, die Arbeitslosenquote sank von 11 auf 1,3 Prozent; „Ordnungsliebe und Fleiß“ gerieten zu den

720 Vgl. Etzemüller, Thomas: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden, Konstanz 2005, S. 7.

721 Lorenz, Robert/Walter, Franz: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, in: Dies. (Hg.): 1964. Das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014, S. 327-372, hier S. 346.

722 Vgl. Schildt: Die Sozialgeschichte der BRD, S. 77f.

723 Kurz, Karl: Lebensverhältnisse der Nachkriegsjugend. Eine soziologische Studie, Bremen 1949, S. 115.

724 Vgl. *ibid.*, S. 114-118 und Jarausch: Deutsche Studenten, S. 214f.

725 Vgl. Schildt: Die Sozialgeschichte der BRD, S. 12f. und S. 79f.

726 Vgl. *ibid.*, S. 13.

727 Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 214f. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch die 1949 notierte Beobachtung Adornos, dass der „gespenstische Traditionalismus ohne bindende Tradition“ nur vor dem Hintergrund erdrückender Ohnmachtserfahrungen gegenüber den gesellschaftlichen Umwälzungen verständlich zu machen sei, s. Adorno, Theodor W.: Die außerstandene Kultur [1949], in: Ders.: Gesammelte Schriften in 20 Bänden, Bd. 20.2, Frankfurt a.M. 1997, S. 453-464, hier S. 458 und 461.

dominanten Erziehungsmaximen.⁷²⁸ Zudem verdrängte die Angestellten- und Beamtenschaft einer sich tertiarisierenden Arbeitswelt zunehmend die dörflich-agrarischen und proletarischen Milieus.⁷²⁹ Das sich in den 1950er Jahren verdoppelnde Bruttosozialprodukt hob das Wohlstandsniveau für alle gesellschaftlichen Schichten an, verlängerte aber auch schrittweise die Arbeitszeiten; Einkommen wurden einerseits immer häufiger gespart, andererseits zunehmend für die fortschreitende Automobilisierung, Massenmediatisierung durch Radio und Zeitung⁷³⁰, aber auch für die Ausgestaltung der Freizeit und des häuslichen und familiären Raums verausgabt.⁷³¹ Als mentalitäre Begleiterscheinungen dieser Entwicklungen wurden mehrfach der Rückzug der Orientierungen und Werthaltungen der Bevölkerung in die private Sphäre und in Pragmatismus, ferner der mehrheitliche Verzicht auf politische Betätigung, Parteibindung oder Aktivismus insbesondere in den Reihen Jugend festgestellt.⁷³² Politische Initiativen vonseiten der Nachkriegsstudierenden⁷³³ blieben tatsächlich weitgehend lokal begrenzt. Zwar hatte es 1958 durchaus eine studentische Protestwelle gegeben (im April demonstrierten 5.000 Studierende der FU Berlin), die sich im Geiste der Friedensbewegung gegen die deutsche Wiederbewaffnung und gegen die militärische Nutzung der Atomkraft; langfristige Ausdauer aber war ihr nicht beschieden.⁷³⁴ Insgesamt ist bei einem großen Teil der Studierenden der 1950er Jahre ein starker antikommunistischer Zug auszumachen, der sich in die politischen Mehrheitsverhältnisse der Adenauer-Ära einpasste; der Konflikt zwischen „Links“ und „Rechts“ wurde vornehmlich am Gegenstand der Westbindungspolitik ausgetragen.⁷³⁵ Bestandteil einer bereits in den 1950er

728 Vgl. Schildt: Die Sozialgeschichte der BRD, S. 13–20.

729 Vgl. *ibid.*, S. 20–22.

730 „Den größten Teil der frei disponiblen Zeit nahm der Medienkonsum in Anspruch. Es wurde immer mehr Zeit für die Lektüre der Tageszeitung verwandt, die während der 1950er Jahre [...] endgültig zum Massenmedium wurde. [...] Dies entsprach der ubiquitären Durchsetzung des Hörfunks, der geradezu als ‚Hegemon der häuslichen Freizeit‘ fungierte.“ *Ibid.*, S. 26.

731 Vgl. *ibid.*, S. 22–28.

732 Vgl. Schelsky: Die skeptische Generation, S. 74 und Jarausch: Deutsche Studenten, S. 213.

733 Zu nennen wäre etwa die als „Schlüter-Affäre“ bekannte Berufung des rechtsradikal gesinnten Leonhard Schlüter (FDP) zum niedersächsischen Kultusminister im Jahr 1955. Auf sie folgte eine Welle der Erregung in der akademischen Öffentlichkeit ausgehend von der Universität Göttingen, die zu seinem Rücktritt führte. Die lokale Studentenschaft unterstützte damals die aus Protest zurückgetretene Universitätsleitung und veranstaltete einen Fackelzug, auch der AstA trat selbst zurück. Vgl. Szabó, Anikó: Vertreibung. Rückkehr. Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000, S. 286–312, zur Rolle der Studierenden auch Nentwig, Teresa: „Kultusminister der vierzehn Tage“. Der Skandal um Leonhard Schlüter 1955, in: Walter, Franz/Nentwig, Teresa (Hg.): Das gekränkte Gänseliesel. 250 Jahre Skandalgeschichten in Göttingen, Göttingen 2015, S. 126–138, hier S. 132.

734 „In den späten fünfziger Jahren bildete sich dann aber eine breite studentische Bewegung gegen Atomwaffen heraus, von der der ‚Göttinger Appell‘ der Professoren durch ASTA-Resolutionen und Petitionen (Heidelberg) unterstützt wurde. Am 20. Mai 1958 demonstrierten Tausende von Studenten an vierzehn westdeutschen Hochschulen gegen den ‚Atomtod‘ trotz der Distanzierung des RCDS. Aber diese Protestwelle verebbte bald wieder.“ Jarausch: Deutsche Studenten, S. 222. Vgl. auch Schlicht: Vom Burschenschafter bis zum Sponti, S. 50f.

735 Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 221f.

und frühen 1960er Jahren herausgebildeten Protestkultur in der Bundesrepublik⁷³⁶ waren die Studierenden dennoch, trugen sie doch zur Vorbereitung der 1960 erstmals auftretenden Ostermärsche bei, die allerdings auch stark von SPD, Gewerkschaften, evangelischen Christen und arrivierten Akademikern getragen waren.⁷³⁷

Bereits in den frühen 1960er Jahren hatte sich also eine „verbürgerlichte“ Mittelstands- bzw. Mittelschichtgesellschaft herausgebildet,⁷³⁸ die kaum noch Ähnlichkeiten mit den klassengesellschaftlichen Verhältnissen des frühen 20. Jahrhunderts aufwies. Massenkonsum, Massenmotorisierung, Unterhaltungsindustrie und Massentourismus nach US-amerikanischem Vorbild bildeten sich heraus.⁷³⁹ Das durchschnittliche Nettoeinkommen der Arbeitnehmer, das sich zwischen 1950 und 1960 bereits um 70 Prozent erhöht hatte, verdoppelte sich bis 1970 ein weiteres Mal.⁷⁴⁰ Die Universitäten entwickelten sich, wie weiter oben bereits erwähnt⁷⁴¹, allmählich zu einem der entscheidenden Aufstiegsmotoren, abzulesen am Anstieg der Studierendenzahl: Zwischen 1948 und 1960/61 verdoppelte diese sich von 123.000 auf 206.500.⁷⁴² Die Studierenden der späten 1960er Jahre sind Kinder dieser gesamtgesellschaftlichen Aufstiegsperiode, die im Verlauf des Jahrzehnts durch die weitere Tertiarisierung der Erwerbstätigkeit und durch eine Absenkung der Arbeitszeit noch einmal an Zugkraft gewann.⁷⁴³ In politikultureller Hinsicht aber sahen sie sich noch immer eher rückständigen Gepflogenheiten gegenüber. Zu ihren wesentlichen Sozialisationserfahrungen gehörten zwar materielle Sicherheit, ansteigende Bildungschancen, aber auch ein (wenn auch im Vergleich zu vorigen Jahrzehnten sanfterer) Wertetraditionalismus der Elterngeneration nebst rigider Sexualmoral ebenso wie der als erlahmt empfundene politische Wettbewerb der „Adenauer-Republik“.⁷⁴⁴ Viele von ihnen empfanden die gesellschaftlichen Verhältnisse schon früh als verkrustet, beengend und durchzogen von „spiritueller Leere“; vermöge der durch sie provozierten „latenten Sinnsuche“ bildete der Wohlstandsschub somit geradezu „die Grundlage“ der „späteren Protestbereitschaft“⁷⁴⁵, die Mobilisierungsbasis der späteren Politisierung und oppositionellen Regungen. Allmähliche kulturelle Liberalisierungstendenzen begünstigten das gesellschaftskritische Selbstbewusstsein: So ist schon für das Jahr 1964 ein „Konglomerat

736 Zu nennen sind hier neben der Friedensbewegung und der popkulturell beeinflussten Jugendprotest der „Halbstarkenkrawalle“ auch die Arbeiterproteste in der frühen Bundesrepublik, etwa der Schweigemarsch der Ruhrkumpel durch Bonn am 26. September 1959, an dem ca. 60.000 Teilnehmer, die sich als Modernisierungsverlierer des Wirtschaftswunders empfanden, gegen den Rückbau der Kohleindustrie demonstrierten. Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 94-102.

737 Vgl. *ibid.*, S. 78-90 und Etzemüller: *Ein Riss in der Geschichte?*, S. 20-22.

738 Vgl. Schildt: *Die Sozialgeschichte der BRD*, S. 31f.; Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1945-1990*, S. 194 und Krause et al.: *Zwischen Revolution und Resignation?*, S. 19.

739 Ruppert, Wolfgang: *Zur Konsumwelt der 60er Jahre*, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): *Dynamische Zeiten: die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*. *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*, Bd. 37, Hamburg 2000, S. 752-767.

740 Vgl. Schildt: *Die Sozialgeschichte der BRD*, S. 41.

741 Vgl. Kapitel II.1 dieser Studie.

742 Vgl. Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 215.

743 Vgl. Schildt: *Die Sozialgeschichte der BRD*, S. 40.

744 Vgl. Lorenz/Walter: 1968. *Kulminationspunkt und politische Eruption*, S. 354-359.

745 *Ibid.*, S. 356.

gesellschaftlicher Modernisierung⁷⁴⁶ auszumachen, welches sich sowohl in behutsam wachsender parteipolitischer Öffnung (in ostpolitischer Hinsicht, aber auch im Sinne der Erschließung breiterer Wählerschichten), in stärkerer kultureller, moralischer und sexueller Aufgeschlossenheit geltend machte, als auch in der verbreiteten Einforderung bildungspolitischer, institutioneller und sozialer Reformen inmitten eines „Modernitätsrückstands“ (Dahrendorf)⁷⁴⁷, ferner in einer wachsenden Sensibilität und medialen Aufmerksamkeit für die nationalsozialistischen Verbrechen und Elitenkontinuitäten in der Bundesrepublik infolge von Gerichtsverfahren gegen SS-Angehörige, überhaupt die Herausbildung eines kritischen Selbstverständnisses journalistischer Berichterstattung.⁷⁴⁸ Hinzu traten Schlüsselereignisse, die das Entstehen einer linksgerichteten Protestkultur begünstigten: so etwa die medial visualisierte Brutalität des 1964 beginnenden Vietnamkrieges und die von der Großen Koalition vorbereitete, aber bis 1968 verschobene Verabschiedung der Notstandsgesetze trafen auf „die weitverbreitete Wahrnehmung weltanschaulich homogenisierter Parteien und entradikalisierter Gewerkschaften, die eine Leerstelle für fundamentalkritische Konzepte für Gesellschaft und politisches System hinterließen.“⁷⁴⁹

Soweit jedenfalls die soziomenteale Gemengelage von „1968“, die dem parallel zur Koalition aus SPD und FDP verlaufenden „sozialliberalen Umschwung der ‚neuen Mittelschichten‘“⁷⁵⁰ Vorschub leistete. Die heute mit dieser Jahreszahl assoziierte Bewegung um den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und die Außerparlamentarische Opposition (APO) konstituierte sich in den frühen 1960er Jahren aus drei maßgeblichen Protestimpulsen und den sie tragenden Organisationsnetzwerken: der für atomare Abrüstung optierenden Ostermarschbewegung, den Protesten gegen die ab 1960 diskutierte Grundgesetzänderung (Notstandsgesetzgebung) und die beginnende eigentliche Studentenbewegung um den 1961 von der SPD ausgeschlossenen SDS.⁷⁵¹ „Die Notstandsgesetze bildeten das ‚Achsenthema‘ der Außerparlamentarischen Opposition, um welches herum sich die drei Teilbewegungen zu einer sozialen Bewegung formierten.“⁷⁵² Der SDS ist dabei insbesondere in den Jahren 1967 und 1968 als jener

746 Lorenz, Robert/Walter, Franz: 1964. Anfänge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, in: Dies. (Hg.): 1964. Das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014, S. 9-31, hier S. 9.

747 Zit. nach *ibid.*, S. 27.

748 Vgl. *ibid.*, S. 12-29, insbesondere S. 15 sowie die etwas oberflächliche, aber ausgewogene Darstellung der „68er“ und der Genese des antifaschistischen Selbstverständnisses der Außerparlamentarischen Opposition (APO) aus der Protestkultur der 1950er und 1960er Jahre in Frei: 1968, S. 79-88.

749 Lorenz/Walter: 1964. Anfänge, S. 24f.

750 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 22.

751 Richter, Pavel A.: Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 35-55, hier S. 37-41.

752 *Ibid.*, S. 36. „Sowohl die Ostermarschbewegung/Kampagne für Abrüstung als auch die Studentenbewegung bearbeiteten im Verlauf der sechziger Jahre – teils parallel, teils sequentiell – eine Vielzahl unterschiedlichster Themen, von der Hochschulreform bis zur atomaren Rüstung, vom Vietnamkrieg bis zur Macht des Pressekonzerns von Axel Springer. Indes, nur im gemeinsamen Kampf gegen die Notstandsgesetze kam es zu einem erfolgreichen Aufbau und Erhalt eines ‚durch kollektive Identität abgestützten Handlungssystems‘.“ *Ibid.*, S. 36f. (Herv. i. O.)

organisatorischer Nukleus der APO aufzufassen, der die öffentlich wirksamen Köpfe (v. a. Rudi Dutschke) hervorbrachte und die griffigen Slogans produzierte („Außerparlamentarische Opposition“, „langer Marsch durch die Institutionen“, „gezielte Regelverletzung“) oder popularisierte („Große Weigerung“), der den marxistisch begründeten internationalen Anschluss an „Freiheitskämpfe“ und Emanzipationsbewegungen die voluminösen antiparlamentarisch-fundamentaloppositionellen Philippiken auf den überkommenen gesellschaftlichen *status quo* formulierte.

Doch die Evolution des lange Zeit hindurch eher innerparlamentarisch und theorielastig denkenden SDS zum zentralen Träger der Studentenbewegung war teils Produkt verschiedener Ereignisse, teils Ergebnis einer gezielten organisatorischen Umbildung durch die antiautoritäre „Subversive Aktion“ um Rudi Dutschke und andere. Zwischen 1948 und 1961 hatte der SDS zunächst als Hochschulverband der SPD fungiert; als die sozialdemokratische Partei infolge der unbefriedigenden Bundestagswahlergebnisse von 1953 verstärkt in Richtung Regierungsfähigkeit drängte und 1959 das hinsichtlich der einstigen sozialistischen Prinzipien weitgehend revisionistische Godesberger Programm beschloss, wuchsen jedoch die wechselseitigen Spannungen. Der SDS sah das geringe Wählerrecht nicht in einer mangelnden Attraktivität für bürgerliche Milieus, sondern gerade in einer „zu wenig sozialistisch[en]“ und „zu wenig revolutionär[en]“ Ausrichtung begründet, und torpedierte den Kurs der Mutterpartei.⁷⁵³ Eine emotionalisierte Diskussion um die dem SDS vorgeworfene sympathisierende Haltung zum DDR-Kommunismus im Vorfeld des Mauerbau-Jahres 1961⁷⁵⁴ ließ die Friktionen eskalieren: 1960 spaltete sich erst der parteitreuere Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) vom SDS ab, 1961 verabschiedete die SPD trotz beschwichtigender Signale seitens des SDS einen Unvereinbarkeitsbeschluss, der den Studentenverband vor die Tür setzte.⁷⁵⁵ In diesem Vorgang wurzelte die besondere, anfänglich lähmende, Juxtaposition der immer auch um gesellschaftsanalytische Fundierung ihrer Kritik ringenden⁷⁵⁶ SDS-Sozialisten zwischen nun als kompromittiert empfundener Sozialdemokratie und parteikommunistischer Diktatur. Ein legitimer parlamentarischer Agent linker Politik existierte für sie nicht mehr.⁷⁵⁷ Der SDS rang in der Folge um eine theoretisch fundierte Selbstverortung: Wie eine fundamentale linke Kritik an Demokratie und Gesellschaft möglich sein könnte, die nicht sogleich den Pakt mit bestimmten Herrschaftsinteressen auf Kosten „der Arbeiterklasse“ schließt, und ob die adäquate Aktionsform zur Umgestaltung der Gesellschaft in „Reform“, „Revolve“ oder „Revolution“ liege, sollte die wenige

753 Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 26f.

754 „Der Sozialistische Deutsche Studentenbund wurde unter den Studentenorganisationen der Schrittmacher auf dem Weg zu einer Aufwertung der Kommunisten, nicht, weil er ihnen besondere Sympathien entgegenbrachte, wie damals fälschlich angenommen wurde, sondern weil er keine andere Möglichkeit mehr sah, eine gesamtdeutsche Diskussion aufrechtzuerhalten.“ Schlicht: Vom Burschenschafter bis zum Sponti, S. 51f.

755 Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 68-72.

756 Der SDS veranstaltete seit den frühen 1950er Jahren Theorie-Diskussionen mit sozialistischen Intellektuellen, vgl. *ibid.*, S. 23.

757 Vgl. Brückner, Peter: Paradoxien der „Protestbewegung“ [1973/74], in: Ders.: Zerstörung des Gehorsams. Aufsätze zur Politischen Psychologie, Berlin 1983, S. 86-108, hier S. 88.

Jahre später intellektuelle und politische Suchbewegung antizipieren, die auch die spätere „Neue Linke“ (nicht nur) in Deutschland umtrieb.⁷⁵⁸

„Altlinks war der Arbeiterbewegungsmarxismus, der Primat der Ökonomie, der Kollektivismus, die Dogmatisierung des Erbes revolutionärer Theorie. [...] Bei den neulinken Essentials handelte es sich um direkte Gegenpositionen. [...] Neulinks wurde der altmarxistische Glaube an die Geschlossenheit der Bürokratie als Bürokratisierung kritisiert. Kritik der Macht, gerade auch Kritik der Machtstrukturen in linken Organisationen war das erste Essential. Zweitens: Neulinks war, Kultur als ein Feld politischer Kämpfe zu definieren, das der Tendenz nach wichtiger wurde als das Feld der Ökonomie. Drittens: Neulinks war, dem Marschkolonnenkollektivismus altlinken Typs einen libertären Individualismus und die Idee autonomer, sich selbst verwaltender Gruppen entgegenzusetzen.“⁷⁵⁹

Trotz dezimierter finanzieller Ressourcen⁷⁶⁰ arbeitete man sich an derlei Fragen schon in den frühen 1960er Jahren förmlich ab.⁷⁶¹ Es scheint gar, als hätte der Ausschluss aus der SPD erst recht das Bewusstsein einer kollektiv verpflichtenden politischen Aufgabe geweckt, da man sich sendungsbewusst „als einen Teil der internationalen Arbeiterbewegung“ bzw. der internationalen Neuen Linken verstand und damit auch als Schrittmacher der Herstellung einer sozialistischen Demokratie.⁷⁶² In dieser von praxisorientierten Kommentatoren später etwas verächtlich „seminarmarxistisch“⁷⁶³ titulierten Phase befand sich der SDS bis etwa 1964:

„Die Diskussion im SDS in der Phase vom Unvereinbarkeitsbeschluss bis Ende 1964 kreiste immer wieder um die Probleme, welchen Standort und welche Funktion der sozialistischen Intelligenz in der Klassengesellschaft zukomme [sic] und ob Wissenschaft eine revolutionäre Produktivkraft sein könne. Dabei handelte es sich keineswegs um eine prägnante und bündige Argumentation, selbst in den Artikeln der *nk* [der *neuen kritik*, J. S.] schweiften die Autoren vom Thema ab und ergingen sich z. B. zeitweise in Marx-Exegese. Die Frage: wie kann der SDS seine Zielgruppen, Studentenschaft und sozialwissenschaftliche und technische Intelligenz, mobilisieren und politisieren? wurde erst zaghafte gestellt und andiskutiert.“⁷⁶⁴

758 Vgl. Schmidtke, Michael A.: Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS) 1960-1970, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 188-206.

759 Eßbach: Aufstand der Werte?, S. 16.

760 Vgl. Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 41 und Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 194.

761 Das bezeugen nicht nur das ab 1960 erschienene SDS-Organ *neue kritik* und die Diskussionen auf den weiterhin abgehaltenen Delegiertenkonferenzen, sondern auch der Gründungskongress der „Sozialistischen Förderer-Gesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS“ vom 08. Oktober 1961, auf dem sich die Referenten Wolfgang Abendroth, Ossip K. Flechtheim und Fritz Lamm über die Frage des Umgangs mit der demokratischen Ordnung und Verfassung auseinandersetzten. Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 72-78.

762 Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 195.

763 Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 72.

764 Ibid., S. 77f.

Die späteren großen Namen der Studentenbewegung – Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Dieter Kunzelmann – waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht beteiligt: Sie gehörten damals der Gruppe „SPUR“ an, die sich als deutsche *dépendance* der Künstler- und Intellektuellengruppierung „Situationistische Internationale“ (S. I.)⁷⁶⁵ verstand; Dutschke und Rabehl ab 1963 der „Subversiven Aktion“, welche den Akzent gerade auf „Aktionsfähigkeit“ und kleinere antiautoritäre Protestaktionen setzte.⁷⁶⁶ Diese theoretisch und praktisch aktive Gruppe stieß erst im Januar 1965 zum SDS, als Pläne zur Unterwanderung des SDS am Widerstand von Münchner Aktivisten der Subversiven Aktion um Dieter Kunzelmann und Frank Böckelmann scheiterten.⁷⁶⁷ Von Strömungen der „New Left“ in den USA und Großbritannien sowie der „Nouvelle Gauche“ in Frankreich inspiriert,⁷⁶⁸ verstand sich der SDS nun zunehmend als studentischer Verband der „Neuen Linken“ und ihrer „radikale[n] Neuinterpretation sozialistischer Politikkonzepte“. Der Dissens in Fragen theoretischer Analyse, politischer Ziele und praktischer Strategien aber blieb ein für den SDS konstitutives Spannungsfeld; dieser zerfiel auch in den Phasen seiner stärksten Kohäsion in einen linkssozialistischen bzw. „traditionalistischen“ und in einen antiautoritären Flügel, wenn sich auch letzterer schließlich durchsetzen sollte.⁷⁶⁹

In den Jahren 1964 und 1965 begannen verschiedene Teile des SDS, welcher aus seiner Selbstverortung als „Neue Linke“ ein neues Selbstbewusstsein schöpfen konnte,⁷⁷⁰ sich als „Vertreter der Interessen nicht nur der sozialistischen Studenten, sondern aller nichtprivilegierten Mitglieder der Universität“ zu begreifen und suchten nach Wegen breiter angelegter Mobilisierung.⁷⁷¹

„Die abstrakt geführte Strategiedebatte der Neuen Linken wurde im SDS tendenziell seit 1965 verdrängt durch Auseinandersetzungen über Fragen der Taktik und der Organisation, die aus den wachsenden praktischen Differenzen zwischen der Verbands Spitze, der Mehrheit des Frankfurter Bundesvorstandes und einer anfänglichen Minderheit im Berliner Landesverband entstanden.“⁷⁷²

Man stritt u. a. über die zuvor weitestgehend als zentral verhandelte „aktiv-stimulierende“ Avantgarderolle der Intellektuellen für das Wiederaufflammen einer sozialistischen

765 Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid: „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a.M. 1995, S. 73–81.

766 Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 78–81, auch Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 205.

767 Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 81 und 91.

768 Vgl. Schmidtke: Reform, Revolte oder Revolution? und Gilcher-Holtey: „Die Phantasie an die Macht“, S. 96–104.

769 Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 41. Erhellend ist auch die nüchterne Darstellung von Bock: „Die in der SDS-Diskussion zur Strategie der Neuen Linken sich abzeichnenden Positionen lassen sich in die Geschichte des SDS einordnen als Übergangsstufe von der linkssozialistischen Fixierung der anfänglichen sozialdemokratischen Opposition des Verbandes zu seinem späteren mehrheitlichen antiautoritären Selbstverständnis.“ Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 205.

770 Vgl. Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 41.

771 Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 78.

772 Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 205.

Massenbewegung (der wesentliche Inhalt der bis hierhin geführten und von vielen Beteiligten mittlerweile als fruchtlos wahrgenommenen „Strategiediskussionen“) im Kontrast zu stärker spontan agierenden *single purpose movements* nach US-amerikanischem Vorbild.⁷⁷³

Bei diesem umkämpften Drang nach außen kam dem SDS neben dem ohnehin bestehenden Erregungspotenzial durch Notstandsgesetzgebung, Vietnamkrieg, Westbindung und unzureichend verfolgte NS-Verbrechen bzw. altnationalsozialistische Elitenkontinuität die gestiegene Sensibilität der Studierenden gegenüber der hochschulpolitischen Situation, insbesondere der Belastung der Studiengänge durch steigende Studierendenzahlen, zupass. Bereits im Rahmen der Hochschulreformdiskussion von 1961 hatte der SDS mithilfe der institutionellen Unterstützung des jüngst außerordentlicher Professor gewordenen Jürgen Habermas eine Denkschrift herausgegeben, die auf der gesellschaftlichen Einbettung der Hochschule und der daraus folgenden Notwendigkeit einer „Demokratisierung der Gesellschaft“ durch eine angemessene Hochschulreformpolitik insistierte.⁷⁷⁴ Aber als die Schrift 1965 unter demselben Titel und von denselben Autoren neu aufgelegt wurde,⁷⁷⁵ traf sie auf ein deutlich verändertes politisches Klima unter den Studierenden. Bereits im Sommer 1965 gelang mit der vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) getragenen „Aktion 1. Juli – Bildung in Deutschland“ eine umfänglicher dezentraler Aktionstag mit insgesamt über 50.000 Demonstrierenden in der Bundesrepublik und Westberlin – deutlich mehr als bei den zeitgleich stattfindenden Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, gegen „Imperialismus“ und „Kolonialismus“, aber auch gegen einen NPD-Parteitag in Karlsruhe 1966.⁷⁷⁶ Die überregional vernetzte Kritik am Vietnamkrieg und an der Notstandsgesetzgebung machte sich in entsprechenden Veranstaltungen geltend: Kongresse fanden 1965 und 1966 statt; insbesondere die Gravitationskraft des Vietnamkongress vom 22. Mai 1966 in Frankfurt a.M. ist an der Besetzung der Referentinnen und Referenten abzulesen, zu denen u. a. Herbert Marcuse, Oskar Negt, Wolfgang Abendroth, Frank Deppe und Jürgen Habermas zählten.⁷⁷⁷

Trotzdem blieb der Aktionsschwerpunkt der Studentenbewegung zwischen 1964 und 1967 auf den Westberliner SDS und die durch ihn politisierten Studierenden, „die Lokomotive der Revolte“⁷⁷⁸, beschränkt. Berlin war, insbesondere in den Jahren 1965, 1966 und 1967, eines der entscheidenden Zentren der deutschen „68er“-Bewegung. Möglich war das durch besondere lokale Bedingungen geworden: dazu zählen der durch Kontakte mit der damaligen DDR-Realität frühzeitig geschwächte Antikommunismus – man war „an der Schnittstelle von zwei konkurrierenden Gesellschaftsmodellen“⁷⁷⁹ –,

773 Ibid.

774 Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 228-236.

775 Vgl. Nitsch, Wolfgang/Gerhardt, Uta/Offe, Claus/Preuß, Ulrich K.: Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Berlin/Neuwied am Rhein 1965.

776 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 29f.

777 Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 88-97.

778 Ibid., S. 85.

779 Michels, Eckard: Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung, Berlin 2017.

eine vorherrschende pazifistische Grundhaltung bei ausgesetzter Wehrpflicht, die besonderen Bedingungen des „Berliner Modells“, aber auch die dortige Dominanz des auf Popularisierung zielenden antiautoritären Flügels um die Subversive Aktion ermöglichten die Herausbildung eines starken SDS-Aktionszentrums.⁷⁸⁰ Nur aus diesen Bedingungen heraus sind die politische Sensibilität der Berliner Studierenden für deutschlandpolitische Fragen sowie die vergleichsweise reputierliche Sonderstellung des Berliner SDS zu verstehen: 1959 initiierte letzterer – lange bevor derartige Themen öffentlich breit diskutiert wurden – maßgeblich die von verschiedenen Ortsgruppen getragene Wanderausstellung *Ungesühnte Nazijustiz*, die die anstehende Verjährung von NS-Verbrechen skandalisierte; im Sommersemester 1965 geriet er mit der Leitung der FU Berlin wiederholt öffentlichkeitswirksam aneinander, als der damalige Rektor der FU Berlin Herbert Lüers ein Redeverbot für den Journalisten Erich Kuby, einen Kritiker der damaligen DDR-feindlichen Deutschlandpolitik, erließ.⁷⁸¹ Unter Berufung auf einen Slogan von Aktivisten der Universität Berkeley forderten Studierende der FU Berlin: „Jedermann zu jedem Thema und zu jeder Zeit hören und mit ihm darüber diskutieren können.“ Sie organisierten eine Protestkundgebung und sammelten ca. 3.000 studentische Unterschriften: „Das war der Anfang der Studentenbewegung“⁷⁸² – denn der Konflikt hatte in den Augen der Studierendenschaft zu einem dramatischen Legitimitätsverlust der autoritär handelnden Hochschulleitung geführt.⁷⁸³ Ein wachsender Teil der Studierenden an der FU Berlin neigte daher dazu, anders als bei früheren Auseinandersetzungen mit der Hochschulleitung, „die Universitäts- und Studienprobleme in ihren strukturellen Zusammenhängen zu sehen.“⁷⁸⁴ Sie waren bereit, in ihnen *pars pro toto* grundsätzliche Missstände der westdeutschen Demokratie zu erkennen. Schließlich hatte man praktische Erfahrungen gesammelt und aufsehenerregende Rückschläge erlitten, da die studentischen Vertreter des „Berliner Modells“

„durch die bescheidenen, aber dennoch in dieser Form einzigartigen Partizipationsrechte in den Universitätsgremien den Widerspruch zwischen ihren Gestaltungswünschen und der Ordinarienallmacht leibhaftig erfahren und die daraus resultierenden Reibungsflächen stets auch ihren Kommilitonen vor Augen geführt“⁷⁸⁵

780 Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 85-88 und Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 44-51.

781 Schlicht: Vom Burschenschafter bis zum Sponti, S. 53-55 und Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 88f.

782 Schlicht: Vom Burschenschafter bis zum Sponti, S. 54.

783 Vgl. Friedeburg: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 279-310. Weiter verschärft wurden die Auseinandersetzungen des Sommersemesters 1965 durch die heftige Zurechtweisung von Ekkehart Krippendorff, einem wissenschaftlichen Assistenten der FU, welcher fälschlicherweise behauptete, die Einladung des im Schweizer Exil lebenden Philosophen Karl Jaspers sei aufgrund politischer Motive der Hochschulleitung zurückgezogen worden, durch Rektor Lüers. Wie Krippendorff später korrigierte, hatte Jaspers die Einladung aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt – dennoch erschien das Handeln der Hochschulleitung vielen als Verstoß gegen die selbstverordnete demokratisch kontrollierte Konfliktkultur der FU. Ibid.

784 Ibid., S. 311 und 320.

785 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 28.

bekamen. Bereits 1965 hatte es ein SDS-dominiertes AStA vorübergehend zur Mehrheit im Studierendenparlament (in Berlin Konvent genannt), gebracht. Der erste *sit-in* Deutschlands fand ebendort am 22. Juni 1966 statt und wurde mit Disziplinarmaßnahmen beantwortet, ein weiterer am 19. April 1967 mit einem Polizeieinsatz.⁷⁸⁶ Hier lässt sich nachvollziehen, dass hochschulpolitische und allgemeinpolitische Zielsetzungen den Beteiligten insbesondere nach dem 02. Juni 1967 als verklammerte Problemstellungen, ja als ein und dieselbe Aufgabe erscheinen konnten.⁷⁸⁷ Bildungsreform und Demokratisierung der Gesellschaft (nicht nur der staatlichen Institutionen⁷⁸⁸), trotz teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Konzepten „traditionalistischer“ und „sozialistischer“ Universitätsideale⁷⁸⁹ explizit auch als Einlösung einer zeitgemäßen Ausprägung einer „ursprünglichen“ Idee der Universität gedacht, wurden bis Ende des Jahres 1966 von einem wachsenden Teil der Studierenden als zwei Seiten derselben Medaille aufgefasst⁷⁹⁰ – und als Anlass praktischer Betätigung in einer Situation allgemein anerkannter Reformnotwendigkeiten, aber weitgehend konsequenzlosen „permanenten Vertröstungen“.⁷⁹¹

Den verblüffenden allgemeinen Mentalitätsumschwung in der deutschen Studierendenschaft aber erklärt der starke Berliner Nukleus alleine nicht: Noch bis Mitte der 1950er Jahre stimmten die deutschen Studierendenverbände mit der Politik der regierenden CDU, in geringerem Maße der SPD, überein;⁷⁹² dementsprechend war die von Boris Spix ausgemachte – wenn auch wenig erfolgreiche – erste studentische Politisierungswelle nach 1945 konservativ-national ausgerichtet und zielte zwischen 1957 und 1963/65, etwa mithilfe von Solidaritätssammlungen und ritualisierten Feiern zum 17. Juni (seit 1954 bundesrepublikanischer „Tag der Deutschen Einheit“ zum Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR), auf den deutschen Gesamtstaat.⁷⁹³ Auch die erste Hälfte der 1960er Jahre hindurch blieb das Gros der studentischen Selbstverwaltung in Bundesrepublik und Westberlin überdies in den Händen von Korporationen und RCDS.⁷⁹⁴ Auch die Burschenschaften waren trotz wiederholter Existenzkämpfe und der historischen Erblast antiliberaler Traditionen noch keineswegs ausgeblutet: Am 12. Juni 1965 erschienen zu einem Festkommers (einer großen Verbindungsfeier) anlässlich der 150-Jahr-Feier der Deutschen Burschenschaft in Berlin immerhin 5.000 Teilnehmer.⁷⁹⁵ Offenkundig aber hatte der subkutane mentalitäre Gärungsprozess der deutschen Studierendenschaft in der Phase zwischen 1964 und 1967 seinen Umschlagpunkt erreicht. Schon 1965 war die Ära der rechtsdominierten Studierendenschaft an der FU

786 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 248–253.

787 Vgl. *ibid.*, S. 402.

788 Vgl. Schlicht: Vom Burschschafter bis zum Sponti, S. 90f.

789 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 283–239.

790 Vgl. Friedeburg: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 340f.

791 Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 254.

792 Vgl. Schlicht: Vom Burschschafter bis zum Sponti, S. 49.

793 Vgl. Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 336–341.

794 Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 81.

795 Vgl. Lönnecker, Harald: Vorwort, in: Ders. (Hg.): „Deutschland immer gedient zu haben ist unser höchstes Lob!“ Zweihundert Jahre Deutsche Burschenschaften. Eine Festschrift zur 200. Wiederkehr des Gründungstages der Burschenschaft am 12. Juni 1815 in Jena, VII–XIV. Heidelberg 2015, S. XI.

Berlin beendet: „Jeder, der sich [...] gegen die Politik des [vom SDS dominierten, J. S.] AStA ausgesprochen hätte, wäre damit als Gegner der studentischen Interessen und objektiver Agent der Ordinarienuniversität entlarvt worden.“⁷⁹⁶ Für den bundesweiten „soziomental[e]n Vulkanausbruch“ der deutschen „68er“, also für das gelingende Entfachen des durch die Bündnispolitik der Neuen Linken mit den mobilisierungskräftigen „Einpunktbewegungen“ (Ostermärsche, Notstandsopposition, Jugend- und Studierendenverbände)⁷⁹⁷ akkumulierte Mobilisierungspotenzial in weiteren Universitätsstädten der Bundesrepublik sorgte dann eine Reihe von auslösenden, verstärkenden und kollektivierend wirkenden Ereignissen insbesondere im Jahr 1967.⁷⁹⁸ Da sich das Kerngeschehen der durch diese Erfahrungen zusammengeschweißten Studentenbewegung auf den kurzen Zeitraum zwischen 1966 und 1968 konzentriert, lohnt sich ein näherer Blick auf die Abfolge der Ereignisse mit ihren integrierenden und spaltenden Situationen.

Zunächst: Als sich im September 1966 die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD bildete, war in den Augen der gerade expandierenden Studentenbewegung jede Möglichkeit der „systemimmanenten“, d. h. parlamentarischen Durchsetzung linker Politik erloschen.⁷⁹⁹ Sie werteten den Oppositionsverzicht der Sozialdemokratischen Partei als „Indiz für den Funktionsverlust des Parlaments“ und als Schritt in Richtung eines autoritären Staates im Dienste des „kapitalistischen Herrschaftsapparates“, welcher die Entstehung von „Protestwählern“ begünstige und diese in die Arme der NPD treibe.⁸⁰⁰ Dazu gesellten sich besonders in Berlin zunehmende Zweifel an der Realisierbarkeit der Reformforderungen allein durch hochschulpolitische Arbeit: Radikaldemokratische und sozialistische Verbände drängten auf die „Erweiterung des politischen Potentials der Studentenschaft“ und die Expansion in die Mehrheitsgesellschaft durch Kampagnen einer breit politisierten Studierendenschaft.⁸⁰¹ Tatsächlich lässt sich für Mitte der 1960er Jahre von einem Linksruck in der deutschen Studierendenschaft sprechen, der eine lange Hegemonie von RCDS und Korporationen beendete.⁸⁰²

Aus dieser Verbindung von kollektiver Enttäuschung und neuem Mobilisierungspotenzial erwuchs die von Dutschke angeregte strategische Perspektive, eine außerparlamentarische Oppositionsbewegung, eben die APO, zu bilden. Konstituiert war diese Bewegung ab Oktober 1966 mit der Gründung des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“, das sich aus Vertretern der drei Teilbewegungen und von Gewerkschaft-

796 Ibid., S. 89.

797 Vgl. Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 44f.

798 Vgl. Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt, S. 346f.

799 Vgl. Krause et al.: Revolution oder Resignation?, S. 28.

800 Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 33-41.

801 „In dem Maße, in dem sich der plebiszitäre Charakter inneruniversitärer Aktionen verstärkte, nützten die politischen Studentenverbände auch das neue Potential kritisch gewordener Studenten für politische Aufklärung und demonstrative Stellungnahmen in der Öffentlichkeit.“ Friedeburg: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 342.

802 „Bis Mitte der 60er Jahre war die überwiegende Mehrheit der studentischen Selbstverwaltungsgremien der Universitäten und Hochschulen West-Berlins und der Bundesrepublik fest in Händen der schlagenden Verbindungen und des RCDS.“ Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 81.

ten zusammensetzte und regelmäßige Koordinations- und Planungstreffen abhielt.⁸⁰³ Dieses neue Netzwerk, das die Organisations- und Koordinationsressourcen der Ostermarschbewegung⁸⁰⁴ und der Notstandsopposition mit dem konzeptuellen Überbau der studentenbewegten Neuen Linken vermittelte,⁸⁰⁵ erwies sich als schlagkräftig und expansiv: Zwischen November 1966 und Februar 1967 gründeten sich lokale Aktionskomitees des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ in 80 deutschen Städten, bis Ende 1967 in insgesamt 150. Weitere Kundgebungen und Aktionen unter dem Dach der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung waren ausgerechnet für den Juni 1967 geplant, als die strategische Planung durch eine neue Radikalisierungsdynamik über den Haufen geworfen werden sollte.⁸⁰⁶

Denn es ist insbesondere *ein* Datum gewesen, welches die Protagonistinnen und Protagonisten der Studentenbewegung am nachhaltigsten prägte, sei es als Trauma oder als Startschuss zu einer neuen Offensivität; ein Datum, dem in Deutschland am ehesten jener Zäsurcharakter zukommt, der für gewöhnlich mit dem Signum „1968“ identifiziert wird: der 02. Juni 1967.⁸⁰⁷ Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Demonstration gegen den Besuch des als oppressiven, ausbeuterischen und US-treuen Diktator wahrgenommenen⁸⁰⁸ iranischen Schahs Mohammad Reza Pahlavi in Berlin – abgesehen vom „Schahfaktor“ eigentlich „eine in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre durchaus übliche Bonner Einladung an einen Diktator aus der Dritten Welt“⁸⁰⁹ – wurden an diesem Tag durch die mit unvergleichlicher Brutalität vorgehende Polizei eingekesselt und wiederholt physisch angegriffen; als trauriger Höhepunkt und Schlüsselergebnis der Studentenbewegung fand die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras Eingang in die Geschichtsbücher.⁸¹⁰ Nicht nur das Ereignis selbst, der von hinten getätigte Kopfschuss, sorgte für den eskalativen „Wendepunkt“ der Studentenbewegung, auch und ganz besonders die anschließende Verteidigung des polizeilichen Vorgehens durch Polizei, Berliner Senat und Abgeordnetenhaus⁸¹¹ sowie durch die Berliner Presse und BILD-Zeitung, welche die Studenten kriminalisierten und für den Vorfall verantwortlich machten:

803 Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 36.

804 Die Ostermärsche waren bereits in den Jahren zwischen 1961 und 1964 zu einer „Massenbewegung“ avanciert, vgl. Bebnowski, David: Die Ostermärsche und das Jahr 1964, in: Lorenz, Robert/Walter, Franz (Hg.): 1964. Das Jahr, mit dem "68" begann, Bielefeld 2014, S. 259–274, hier insbesondere S. 260 und 269–272.

805 Vgl. Richter: Die Außerparlamentarische Opposition., S. 45f.

806 Vgl. *ibid.*, S. 47.

807 Vgl. zur Vorgeschichte, zum Kontext und zu den zeithistorisch oft vernachlässigten konkreten Ereignissen dieses Tages jüngst Michels: Schahbesuch 1967.

808 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 52 und Michels: Schahbesuch 1967, S. 293.

809 Michels: Schahbesuch 1967, S. 14.

810 Vgl. *ibid.*, S. 183–218. Erst sehr viel später wurde bekannt, dass Kurras bereits seit 1955 als „Inoffizieller Mitarbeiter“ des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit tätig und SED-Mitglied gewesen ist; ein direkter Mordauftrag konnte ihm gleichwohl nicht nachgewiesen werden. Vgl. o. V.: Verrat vor dem Schuss, in: DER SPIEGEL, H. 22/2009, S. 42–51.

811 Vgl. hier insbesondere die Primärmaterialien *ibid.*, S. 55–58.

„Während der Totenfeier und des anschließenden Trauerkonduktes für ihren erschossenen Kommilitonen hörten die Studenten über Transistorradios, wie der SDS und andere linke Studentenverbände unter dem Beifall des gesamten Berliner Abgeordnetenhauses mit den Nazis gleichgesetzt wurden.“⁸¹²

In den darauffolgenden Tagen reagierte die westdeutsche und Westberliner Studierendenschaft mit einer breiten Solidarisierungswelle. Der „Funke der Rebellion“ sprang auf andere Universitätsstädte über, studentische Zeitschriften veröffentlichten Sonderausgaben zum Thema, studentische Verbände unterschrieben gemeinsame Erklärungen; allein in der Woche vom 02. bis 09. Juni demonstrierten über 100.000 Studierende auf den Straßen der Bundesrepublik im Rahmen von Kundgebungen, Schweigemärschen und Protestversammlungen⁸¹³ – so etwa in Frankfurt ca. 8.000 Studenten, in Köln ca. 6.000 Studenten, in Aachen, Düsseldorf, Hamburg und Kiel jeweils ca. 2.000.⁸¹⁴ Kurze Zeit später sekundierten auch Gewerkschafter, Betriebsräte, überdies Schriftsteller wie Hans Magnus Enzensberger und Günter Grass der Studentenbewegung und erklärten ihre – zumindest anlassbezogene – Solidarität. Selbst vorherige Kritiker der Studentenbewegung und des SDS erkannten erstmals deren Anspruch als „Sprecher der gesamten Studentenschaft“ an.⁸¹⁵ Der APO wiederum erschien der 02. Juni als antizipatives Ereignis eines ohnehin heraufdämmernden Polizeistaates, als „manöverartige Vorwegnahme der antidemokratischen Notstandsgesetze“,⁸¹⁶ deren erste Lesung im Bundestag für das Monatsende avisiert war.⁸¹⁷ Für viele war das die Bestätigung einer schon 1966 diagnostizierten „Entdemokratisierung“ der Bundesrepublik,⁸¹⁸ auch Zeugnis eines durch die staatliche Exekutive einseitig aufgekündigten Gewaltverzichts, der in der Folge die Frage nach der Legitimität militanter Aktionsmethoden vonseiten der Oppositionellen provozierte.⁸¹⁹ Auch beschuldigte man den bereits zuvor als politischen Gegner bekämpften Springer-Konzern mitsamt der von ihm herausgegebenen BILD-Zeitung, das den Vorfall begünstigende „faschistoide“ politische Klima geschaffen zu haben, und forderte dessen Enteignung – eine neue Kampagne entsprang bis Anfang 1968 daraus:⁸²⁰

„Die Verbreitung einer Pogromstimmung gegen die protestierenden Studenten durch die Boulevardzeitungen des Springer-Konzerns, in welchem viele politische Aktivisten den eigentlichen Schuldigen für die Kurzschlußhandlung des Polizeibeamten Kurras

812 Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 106.

813 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 53-55.

814 Vgl. Michels: Schahbesuch 1967, S. 235.

815 Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 58-61, Zitat von S. 58.

816 Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 48.

817 Ibid.

818 Ibid.

819 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 65f., siehe außerdem Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 36: „Als Reaktion auf den 2. Juni 1967 und angefacht nicht zuletzt durch die Äußerungen des Berliner Bürgermeisters und der Presse, die beide den Studenten die Schuld am Tode Benno Ohnesorgs zusprachen, kulminierte ein Prozeß, der sich bereits seit Oktober 1966 entwickelt hatte.“

820 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 77-86 und Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 121f.

erblickten, wurde erst seit diesem Zeitpunkt umfassend zum Gegenstand einer medienpolitischen Kampagne. Auch die Gewährleistung des Grundrechtes der Meinungs- und Informationsfreiheit erschien von nun an immer zweifelhafter, wobei die Bezüge zu den Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus („Enteignet Springer“) verstärkt hervortraten.“⁸²¹

„Die Springer-Presse hat die Atmosphäre geschaffen, in der der Todesschuß überhaupt fallen konnte, sie hat ,mitgeschossen.“⁸²²

Insofern wurden die Ereignisse des Schahbesuchs durchaus auch okkasionalistisch instrumentalisiert.⁸²³ Die Folge war eine neue „fundamentaloppositionelle[] Grundhaltung“⁸²⁴ großer Teile der deutschen Studierendenschaft gegen die Autoritäten in Regierung, Parlamenten und Behörden, auch wenn sicher nicht alle der nun Mobilisierten dazu bereit gewesen sein mochten, in den Ereignissen des 02. Juni das unbezweifelbare Symptom einer umfassenden Entdemokratisierung zu sehen.⁸²⁵ Der SDS verdoppelte seine Mitgliederzahl von 1.200 auf 2.500 und überholte damit erstmals die Personenstärke des RCDS⁸²⁶ – wenngleich die größte Wirkkraft in der Impulsgeberfunktion (seine „avantgardistische Funktion in Ideologie und Aktionsformen“) des SDS für die sozialdemokratischen und liberalen Studierendenverbände lag.⁸²⁷ Der Verband selbst gab sein vorheriges Vorgehen, das „auf die symbolische Kraft von Demonstrationen, Kongressen und Resolutionen vertraute“, auf und wandte sich der von der Berliner Ortsgruppe um Dutschke routinierten Aktionsstrategie der „offensiven Durchbrechung der demokratischen Spielregeln der Bundesrepublik“ zu.⁸²⁸ An der FU Berlin riefen Studierende in Reaktion auf den 02. Juni die „Kritische Universität“ aus, um die seit Längerem erarbeiteten Hochschulreformpläne (Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen und gemeinschaftliche Arbeit der Lehrenden und Lernenden im Zeichen gesellschaftspolitischer „Verantwortung“, d. h. radikaldemokratischer Opposition) vor Ort selbsttätig „experimentell“ durchzusetzen.⁸²⁹ Auch sonst war die Geduld der protestierenden Studierendenschaft aufgebraucht: Gesellschaftliche Veränderung sollte nun, wo jeder institutioneller Weg der Einflussnahme zerronnen war, direkt über die *Aktion*,

821 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 29.

822 Högemann, Jörg: Die Rebellion der Studenten – Ursachen und Möglichkeiten, in: Marxistische Blätter, H. 6/1967, S. 39, zit. nach Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 69.

823 „Der ursprüngliche Anlass für die Proteste, also die Einladung des Schahs und die Verhältnisse im Iran, wie auch der Beitrag der persischen Kommilitonen zum Widerstand gegen dieses protokollarische Großereignis rückten dagegen in der sich formierenden westdeutschen Studentenbewegung schnell in den Hintergrund. Das Agieren der Behörden während des Staatsbesuchs reduzierte sich für viele westdeutsche Studenten im Nachhinein mehr oder minder auf eine von vielen denkbaren Gelegenheiten, die der Staat früher oder später genutzt hätte, um gegen die APO vorzugehen.“ Michels: Schahbesuch 1967, S. 231f.

824 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 29.

825 Vgl. Michels: Schahbesuch 1967, S. 299.

826 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 79.

827 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 30.

828 Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 49.

829 Vgl. die ausführliche Darstellung dieses Vorhabens und der sich daran anschließenden Konflikte in Friedeburg: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 402-481.

auch die „illegale Aktion“, erzielt werden.⁸³⁰ Dass die konkrete Rolle der Gewalt bei den visierten kalkulierten Regelbrüchen nur vage thematisiert wurde, war schon früh als eine der empfindlichen Grenzen dieses Konzepts identifiziert worden: Auf dem am 09. Juni unmittelbar nach der Beisetzung Ohnesorgs in Hannover stattfindenden Kongress „Hochschule und Demokratie“ (an der Beisetzung und dem anschließenden Schweigemarsch nahmen 10.000 Studierende teil, am Kongress selbst ganze 5.000⁸³¹) warf Jürgen Habermas, damals Professor in Frankfurt a.M., Rudi Dutschke und damit dem SDS „voluntaristische Ideologie“ und „linken Faschismus“ vor.⁸³² Die strategischen Aporien der APO zwischen linkssozialistischem Kader- bzw. Planungsprinzip und antiautoritär-kreativem Spontaneismus blieben trotz gemeinsamer Aktionspotenziale ungelöst.⁸³³

Das Dilemma des nunmehr medial präsenten SDS lag darin, in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangt zu sein, ohne aber seinem Ziel der sozialistischen Massenbewegung wirklich näherzukommen. Die Aktivisten führten das auf die auch medial induzierte Verunmündigung der Bevölkerung zurück, der es an hinreichenden Informationen über die Ziele des SDS ermangele.⁸³⁴ Tatsächlich aber wuchs schlicht das Missverhältnis zwischen der immer stärker Agitprop-ähnlichen revolutionären Rhetorik und den tatsächlichen praktischen Veränderungsaussichten.

„Der SDS wurde in den Jahren 1967/68 zum Emblem der Außerparlamentarischen Opposition, obwohl seine geringen organisatorischen Mittel es ihm keineswegs erlaubten, auf Beginn und Verlauf der großen Protestaktionen dieser Jahre maßgeblichen Einfluß zu nehmen.“⁸³⁵

Auch deswegen entglitten dem seinem Selbstverständnis nach avantgardistischen Verband die Zügel ausgerechnet im Augenblick der stärksten Beschleunigung; zunehmend vollzog sich der Großteil der durch die internationale „68er-Bewegung“ angeregte und subkulturell unterfütterte Protestdynamik unabhängig von seinem Einfluss und seinem Deutungs- und Führungsanspruch. Das ist auch an der fortschreitenden Ablösung der internen Debatten und identitätsstiftenden Kollektivrituale von den konkreten tagespolitischen Auseinandersetzungen abzulesen. Die 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967, die unter der Fahne der südvietnamesischen Guerilla-Organisation

830 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 62. Siehe auch die Pointierung auf S. 68: „Wenn auf Parlament und Sozialdemokratie, auf die dritte Gewalt und die tolerante Friedfertigkeit der politischen Machthaber alle die, denen in der BRD und Westberlin manches kritikwürdig erschien, endgültig nicht vertrauen durften, so blieb ihnen nur die eigene politische Aktion, die Selbsttätigkeit.“

831 Vgl. *ibid.*, S. 61.

832 „Ich hätte gerne geklärt, ob er [Dutschke, J. S.] nun willentlich die manifeste Gewalt herausfordert nach dem kalkulierten Mechanismus, der in diese Gewalt eingebaut ist, und zwar so, daß er das Risiko von Menschenverletzung, um mich vorsichtig auszudrücken, absichtlich einschließt oder nicht.“ Jürgen Habermas am 09.06.1967 in Hannover, zit. nach Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 108. Vgl. auch die Darstellung in Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 64 und in Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 51f.

833 Vgl. Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 53f.

834 Vgl. *ibid.*, S. 52.

835 Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 213.

FNL tagte, und insbesondere die Wortbeiträge Dutschkes, wurde per Video massenmedial im In- und Ausland verbreitet.⁸³⁶ Im Verlauf der einwöchigen Diskussionen, die sich um SDS-Organisation, Hochschulpolitik, mediale Manipulation, Notstandsgesetze, KPD-Verbot, Vietnamkrieg und lateinamerikanische Guerillas drehte, wurde unter anderem die Initiierung der später, Anfang 1968 beginnenden, Anti-Springer-Kampagne beschlossen.⁸³⁷ Man erging sich daher in Erörterungen über die „Organisationsfrage“, nach Greven geradezu der „Fetisch des Politikersatzes“ schlechthin, der die zunehmende Isolierung von der eigentlichen Demokratisierungsbewegung in Studierendenschaft und Bevölkerung kitten sollte.⁸³⁸ Zudem setzte sich die antiautoritäre Strömung mit ihrem prinzipiellen Antiparlamentarismus gegen den von den Traditionalisten verfochtenen „revolutionären Parlamentarismus“ durch; von nun an berief sich der größte Teil des Verbandes – in doppelter Frontstellung gegen die westlichen parlamentarischen Demokratien, aber auch gegen den Parteikommunismus des sowjetischen Blocks – vage auf die Ideen des Rätekommunismus bzw. der Rätedemokratie Weimarer und bolschewistischer Provenienz.⁸³⁹ Zu durchgebildeten Rezepten und glaubwürdigen Handlungsperspektiven gelang dieser eiserne Voluntarismus allerdings nie: Er blieb ein abstraktes Denkkperiment, sichtlich geboren aus Negations- und Abgrenzungsbewegungen und krankend am geringen politischen Einfluss des SDS in der Bundesrepublik.⁸⁴⁰

Insofern erscheint es aus der heutigen Perspektive durchaus denkbar, dass Tempo und Momentum des SDS bzw. der APO in den darauffolgenden Monaten schon aufgrund immanenter Aporien verglimmt wären, hatte doch eine stark selbstreferenzielle „sozialpsychologische Eigendynamik“⁸⁴¹ in der Studentenbewegung eingesetzt. Rückblickend aber begann die allmähliche Desintegration der Studentenbewegung mit dem Mordanschlag auf ihre zentrale und beinahe kultische Figur, Rudi Dutschke, am Gründonnerstag, den 11. April 1968: Der Hilfsarbeiter Josef Bachmann schoss ihn auf dem Berliner Kurfürstendamm an diesem Tag mit drei Revolverschüssen nieder.⁸⁴² Nach Dutschkes durch die schweren Verletzungen bedingtem Ausscheiden aus der SDS-Führung endete auch nach und nach die kurze Phase der Studierendenführerschaft des Verbandes. Zwar begann in unmittelbarer Reaktion auf das Attentat das „spektakulärste[] Stadium“ der Springer-Kampagne, hatte doch selbst der RCDS eine gesellschaftliche, politisch wie medial geschürte, Dehumanisierung der studentischen Aktivisten zumindest teilverantwortlich gemacht.⁸⁴³ In den folgenden Tagen wuchsen

836 Vgl. Fichter/Lönnendonker: *Kleine Geschichte des SDS*, S. 116.

837 Vgl. *ibid.* und *ibid.*, S. 121f. sowie Bauß: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre*, S. 71-92.

838 Greven: *Systemopposition*, S. 31.

839 „Die Räte-Idee wurde in den Jahren 1967 bis 1969 zum dominanten Leitbild gesellschaftlich-politischer Transformationsvorstellungen der Antiautoritären, zur radikalen Alternative gegenüber der parlamentarischen Demokratie. Dutschke bejahte Mitte 1967 die Frage, ob er für die Abschaffung des Parlamentarismus, so wie er in der BRD existiere, sei [...]“ Bock: *Geschichte des ‚linken Radikalismus‘*, S. 249.

840 Vgl. *ibid.*, S. 250.

841 Krause et al.: *Zwischen Revolution und Resignation?*, S. 30.

842 Vgl. Fichter/Lönnendonker: *Kleine Geschichte des SDS*, S. 126 und Bauß: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre*, S. 96-98.

843 Bauß: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre*, S. 97.

die Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Springer-Konzern an, wiederholt kam es zu „Straßenschlachten, wie sie es [sic] seit den letzten Jahren der Weimarer Republik nicht mehr gegeben hatte [...]“ und mehreren Verletzten.⁸⁴⁴ Allein am für die Ostermärsche wichtigsten Tag Ostermontag, so die am häufigsten zitierten Zahlen, waren 21.000 Polizeikräfte im Einsatz, es gab zwei Tote und 400 Schwer- und Leichtverletzte; über die Feiertage hinweg nahmen insgesamt 300.000 Menschen an verschiedenen Aktionen teil, die Demonstrationen erstreckten sich über 50 Städte.⁸⁴⁵ Die Demonstrierenden forderten die Absetzung des Berliner Senats mit dem Zweck der Schaffung „demokratischer Verhältnisse“, die Enteignung des Springer-Konzerns, die „Demokratisierung“ der Rundfunkanstalten und „für die Zeit bis zum 1. Mai täglich eine Stunde Sendezeit für die außerparlamentarische Opposition“.⁸⁴⁶ Kraushaar spricht für diesen Zeitraum von den „größten innenpolitischen Unruhen [...], die die Bundesrepublik bis dahin erlebt hat.“⁸⁴⁷ Kurz darauf erreichte auch die Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung einen „letzten Mobilisierungshöhepunkt“⁸⁴⁸ mit 70.000 Demonstrierenden anlässlich der zweiten Lesung der Notstandsgesetze: Am 11. Mai 1968, kurz nach den von Nanterre ausgehenden Pariser Mai-Aufständen, kam ein großer Sternmarsch nach Bonn zusammen,⁸⁴⁹ in den Maitagen kam es anlässlich der dritten Lesung mancherorts trotz Gegenwehr des DGB sogar zu betrieblichen Warnstreiks.⁸⁵⁰ Im Gegensatz zu den Osterunruhen, aber auch im Kontrast zur Situation in Frankreich mit ihren brennenden Barrikaden, Wasserwerfer- und Chlorgaseinsätzen sowie vielen hundert Verletzten⁸⁵¹ verlief diese Massendemonstration allerdings friedlich. Doch dass die innere Kohärenz der Studentenbewegung längst bröckelte, dass auch die Integrationsfigur Dutschke durch dessen intellektuell auftretenden Nachfolger und Adorno-Schüler Hans-Jürgen Krahel nicht ersetzt werden konnte, ja dass sich unter der jungakademischen Linken „seit Mitte 1968 aufgrund der gesellschaftlichen Isolierung ein regelrechter Ghettoisierungsprozeß“ vollzogen hatte,⁸⁵² ist an der vernichtenden Wirkung der nun folgenden Rückschläge abzulesen.

Als die Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 im Bundestag verabschiedet wurden, zogen sich die Gewerkschaften und damit eine der wichtigsten Finanzierungsquellen aus dem Kuratorium „Notstand der Demokratie“ zurück; die APO hatte ihr entscheidendes „Achsenthema“⁸⁵³ verloren, und unter den beteiligten Studierenden machte sich Resignation breit. Sie waren gescheitert.⁸⁵⁴ Vielen erschien eine Massenbewegung ohne breite Beteiligung der Bevölkerung – und insbesondere der Arbeiterschaft – nunmehr

844 Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 128.

845 Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 104.

846 Ibid., S. 99f.

847 Kraushaar, Wolfgang: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München 1998, S. 104.

848 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 30.

849 Vgl. Richter: Die außerparlamentarische Opposition, S. 53.

850 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 157.

851 Vgl. Kraushaar: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, S. 125-139 und Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 130.

852 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 30.

853 Richter: Die außerparlamentarische Opposition, S. 53, auch *ibid.*, FN. 53.

854 „Zehntausende von Studenten gingen nach den euphorisierenden Streik- und Besetzungserlebnissen in die Semesterferien und realisierten, daß der Deutsche Bundestag trotz des massenhaften Widerstandes der akademischen Jugend, der Schüler und großer Teile der Gewerkschaftsbe-

vollends aussichtslos; auch der antiautoritäre Ansatz hatte sich faktisch blamiert.⁸⁵⁵ Mit dem Kuratorium war das „mobilisierte Netzwerk“ zerbröckelt, insbesondere der inhaltliche und organisatorische Richtungskonflikt war nicht mehr durch eine geteilte „kollektive Identität“ zu vermitteln; die „eine“ Bewegung zerfiel in viele.⁸⁵⁶ Auch die „Enteignet Springer“-Kampagne konnte weder die Vakanz des Achsenthemas ausfüllen noch das sich ausbreitende Ohnmachtsempfinden lindern. So kann es nicht überraschen, dass sich im Spätsommer 1968 der Eindruck einer allgemeinen Entkräftung von APO und Studentenbewegung ausbreitete.⁸⁵⁷ Stattdessen wuchs die frustrierte Ungeduld, verlangte man in wachsendem Maße nach Taten und lieferte sich zunehmend auch gewalttätige Auseinandersetzungen. Dass der energierte Ruf nach Praxisrezepten vielerorts die Geduld für theoretische Auseinandersetzungen unterband, ist beispielsweise am Einfordern praktischer Ratschläge von Herbert Marcuse anlässlich eines Vortrags am 13. Mai 1968 in West-Berlin zu erkennen; eine Rolle, welche dieser vehement ablehnte.⁸⁵⁸ Danach setzte sich ein besonders unversöhnlicher Zug „vom Protest zum Widerstand“⁸⁵⁹ durch, der die politische Isolierung nur noch weiter verschärfte.⁸⁶⁰ Die späteren RAF-Terroristen Andreas Baader und Gudrun Ensslin verübten bereits im April einen Brandanschlag gegen zwei Frankfurter Kaufhäuser, „durch den die Öffentlichkeit auf die Grausamkeit des Vietnam-Krieges aufmerksam gemacht und politisch aufgerüttelt werden sollte [...]“.⁸⁶¹ Das von Fichter und Lönnendonker in vielsagend projektive Worte gekleidete „Gefühl der Studentenschaft, das Freiwild der bürgerlichen Gesellschaft zu sein“, ⁸⁶² wird denn auch für die Gewaltorgie bei der so genannten Schlacht am Tegeler Weg vom 04. November 1968 verantwortlich gemacht: Bei einer Solidaritätsdemonstration für den von Axel C. Springer angeklagten damaligen Dutschke-Anwalt Horst Mahler vor dem Landgericht am Tegeler Weg griffen etwa 1.000 Studierende unter SDS-Führung die in Minderheit befindlichen Polizeibeamten an; verletzt wurden hier 130 von ihnen und 21 Studierende.⁸⁶³ Mit der mangelnden Problematisierung der Gewaltfrage verpasste der SDS, der weitere Diskussionen umging, die eigentlich dringend notwendige Auseinandersetzung und erreichte schließlich seinen finalen Spalt-

wegung die Notstandsgesetze verabschiedet hatte. Dieser Kampf war verloren.“ Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 135.

855 Vgl. Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 165f.

856 Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 52 und 55.

857 Vgl. Friedeburg: Freie Universität und politisches Potential der Studenten, S. 480.

858 Vgl. Kraushaar: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, S. 149 und Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 133f.

859 Bauß: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, S. 106f.

860 Vgl. Schlicht: Vom Burschenschafter bis zum Sponti, S. 79f.

861 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 31.

862 Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 136. Projektiv, weil keine Theorie (oder Kritik) der bürgerlichen Gesellschaft zu haben ist, die plausibel begründen könnte, warum bestimmte in einer solchen Gesellschaft lebenden Gruppen (mögen sie auch „systemkritisch“ auftreten) ihr zugleich *nicht* angehörten. Die zugrunde liegende, psychologisch unterfütterte, Denkopration solcher Formulierungen scheint in der Personalisierung abstrakter Zusammenhänge über die Imagination einer noch immer „herrschenden“ Personengruppe zu liegen, ein infantiles Muster der Angstbewältigung. Vgl. dazu die empirischen Beispiele in Adorno et al.: Studien zum autoritären Charakter, S. 187-191 und 195-199.

863 Vgl. Fichter/Lönnendonker: Kleine Geschichte des SDS, S. 136f.

punkt.⁸⁶⁴ In der politischen Polarisierung der 1970er Jahre spielte er keine Rolle mehr: „Die Pfingstzeit der neomarxistischen Theorie war vorbei. Merkwürdigerweise folgte, was doch hätte vorangehen sollen: die Walpurgisnacht des kommunistisch-orthodoxen Hexensabbats.“⁸⁶⁵

Mit dem Niedergang des SDS-Bundesverbands erlosch auch die westdeutsche Studentenbewegung der 1960er Jahre. Zu ihrer Dämmerungsphase gehörte, dass Adorno, Friedeburg und Habermas am 18. Dezember 1968 das anlässlich einer Revision der Institutssatzung von Studierenden besetzte Soziologische Seminar in Frankfurt a.M. polizeilich räumen ließen und damit das – von ihnen so nie gedeckte – Tisch-tuch endgültig zerschnitten.⁸⁶⁶ Während die letzte SDS-Delegiertenkonferenz im September 1968 in unversöhnlichen Frontenbildungen zwischen Traditionalisten, antiautoritären Räte-Idealisten und wachsendem feministischem Einspruch gegen die Dominanz der „Paschas“ im Verband versank, diskutierten spätestens ab 1969 die sich in einem „Linksruck“ befindlichen Jungsozialisten in der SPD über antikapitalistische Reformen und Aktionsstrategien.⁸⁶⁷ Auch die mit den Jungen Liberalen (JuLis) rivalisierenden Jungdemokraten (Judos) in der FDP entdeckten die sozialistische und radikal-demokratische Rhetorik für sich und „spielten 1969 die Stücke der APO aus den Vorjahren nach.“⁸⁶⁸ Zeitgleich arbeitete ein zunehmend größerer Teil der (ehemaligen) SDS-Mitglieder an kaderkommunistischen „Aufbauorganisationen“ und „K-Gruppen“ mit.⁸⁶⁹ Sozialismus war sexy, doch auf Kosten des seinem Namen nach „eigentlichen“ Sozialistischen Deutschen Studentenbunds. Im Februar 1970 schließlich kam Hans-Jürgen Krahl bei einem Autounfall ums Leben; im Anschluss an sein Begräbnis am 20. Februar beschloss der SDS „informell“ seine Selbstauflösung und vollzog sie am 21. März 1970.⁸⁷⁰ Die unrühmliche Banalität dieses Beendigungsprozesses, per Akklamation durch „eine mehr oder minder zufällig zusammengewürfelte Versammlung im Frankfurter Studentenhaus“⁸⁷¹ lässt sich kaum schmücken: „Die formelle Selbstliquidation des SDS“, so schreiben andere, „war nur noch ein politisch bedeutungsloser Verwaltungsakt.“⁸⁷² Die zwischen „Reformern“ und „Revolutionären“ zerstrittene studentische Linke war somit seit 1969/70 ohne zentralen bzw. übergreifenden Verband.⁸⁷³ Allerdings sollte noch einmal wiederholt werden, dass die durch die APO und den SDS getragene Studentenbewegung von Anfang an wesentlich eine *Sammlungsbewegung heterogener Strömungen und Gruppen* gewesen war. Insofern ist die Rede vom „Zerfall“ der Studentenbewegung,

864 „Historisches Versagen des SDS war, daß er nach den Erfahrungen am Tegeler Weg nicht weitere derartige Aktionen offensiver Gewalt verhindert hat und davor zurückschreckte, mit den Studenten über die tatsächlichen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik und West-Berlin zu diskutieren.“ Ibid., S. 137. Vgl. auch *ibid.*, S. 137f.

865 Walter: *Rebellen, Propheten, und Tabubrecher*, S. 94.

866 Vgl. Fichter/Lönnendonker: *Kleine Geschichte des SDS*, S. 138–140.

867 Vgl. *ibid.*, S. 143.

868 Walter: *Rebellen, Propheten, und Tabubrecher*, S. 130.

869 Vgl. Krause et al.: *Zwischen Revolution und Resignation?*, S. 30.

870 Vgl. Fichter/Lönnendonker: *Kleine Geschichte des SDS*, S. 140.

871 *Ibid.*

872 Krause et al.: *Zwischen Revolution und Resignation?*, S. 31.

873 Vgl. Schlicht: *Vom Burschenschafter bis zum Sponti*, S. 79 und Fichter/Lönnendonker: *Kleine Geschichte des SDS*, S. 143.

die das Bild eines homogenen Kaders evoziert, so gesehen etwas wohlfeil und missverständlich. Zerfallen war zwischen 1968 und 1970 ein zwar aktions- und mobilisierungstarkes, aber auch kurzlebiges, von Anfang an instabiles Bündnis.⁸⁷⁴

Sicher, eine solche kurze Chronologie der „68er“-Bewegung verleitet zu einer weit verbreiteten reduktionistischen Rezeptionsweise: Man erfährt viel über zentrale Ereignisse sowie über die klassischen Heldengeschichten, d. h. über die Wortführer und Aktivistenkerne in den Hochburgen der Bewegung (primär Berlin, „Aktionshauptstadt an der Spree“ und Frankfurt, „Theorietank am Main“⁸⁷⁵), häufig jedoch wenig über die lokalen Bedingungen und Abläufe im Rest der Republik.⁸⁷⁶ Dabei ist ein Blick auf die Lokalspezifika durchaus lohnenswert, schafft er doch ein plastischeres und lebendigeres Bild dieser studentischen Bewegungsphase. Keineswegs kann von einer großen studentischen Einheitsbewegung die Rede sein, insbesondere außerhalb von Berlin, Frankfurt und auch München nicht. In jeder der damaligen Universitätsstädte herrschte ein jeweils spezifisches „Nebeneinander von nach wie vor weit verbreiteter apolitischer Ruhe, politisiertem Dissens und schließlich reformistisch orientiertem oder revolutionärem Protest, der sich in sichtbaren Aktionen manifestierte.“⁸⁷⁷ Ein Beispiel: Wie groß die Bedeutung regionalspezifischer Protesttraditionen im Vorfeld von „1968“ gewesen ist, lässt sich am damals als provinziell und traditionsgeprägt geltenden, die Veränderungsprozesse überdies verzögert aufnehmenden⁸⁷⁸ Westfalen beobachten: Nicht nur die Bürgerproteste der 1950er Jahre gegen Wiederbewaffnung, Wehrpflicht und die Stationierung von Trägerraketen waren hier rührig gewesen – 1957 opponierten Gewerkschaftsredner gegen die geplante atomare Bewaffnung –, auch eine starke Tradition arbeiterbewegter Gegenkultur besonders im Ruhrgebietsgeprägten Westen mit ihren sozialistischen Vereinen und Jugendbünden sorgte schon in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik für oppositionellen politischen Aktivismus; immer wieder hatte man „um Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Löhne“ gekämpft und dabei auch wild gestreikt.⁸⁷⁹ Zudem hatte es hier in den 1950er Jahren Protest vonseiten der ansässigen Bauern oder auch militanten jugendlichen Unmut vonseiten der „Halbstarke“ gegeben.⁸⁸⁰ Zudem ist auf die grundsätzlich variierenden Bedingungen zwischen Universitäten mit umfänglicher Beteiligung Studierender an der akademischen Selbstverwaltung – etwa in Berlin – und solchen mit relativ restringierten Beteiligungsformen – etwa an den auch nach dem 02. Juni 1967 vergleichsweise konfliktarmen Hochschulen Nordrhein-Westfalens – hinzuweisen, gerade angesichts der tragenden Bedeutung des Themenkomplexes Hochschulreform bzw. Demokratisierung der Hochschule für das politische Engagement Studierender bis (mindestens) zum Zäsurjahr 1967.⁸⁸¹ So wirkte der Tod Ohnesorgs zwar bundesweit als aktivierendes und politisierendes

874 Vgl. Greven: Systemopposition, S. 18–31 und 37.

875 Vgl. Leggewie, Claus: 50 Jahre '68. Köln und seine Protestgeschichte, Köln 2018, S. 13.

876 Vgl. Hodenberg: Das andere Achtundsechzig, S. 11.

877 Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 694.

878 Großbölting, Thomas: 1968 in Westfalen. Akteure, Formen und Nachwirkungen einer Protestbewegung. Regionalgeschichte kompakt Bd.1, Münster 2018, S. 15 und 142–144.

879 Vgl. *ibid.*, S. 33–35.

880 Vgl. *ibid.*

881 Vgl. Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 22.

Ereignis; dass sich aber die Eskalationsdynamik in der Folge vor allem an der FU Berlin in ein Lahmlegen des Lehrbetriebs⁸⁸² und in die durch die Mehrheit der Studierenden gestützte „Entmachtung“⁸⁸³ des studentischen Konvents und des AStA durch den SDS umsetzen konnte, war – neben den erwähnten lokalkulturellen Besonderheiten – auch durch die lange Vorgeschichte hiesiger inneruniversitärer Konflikte bedingt. Mehr und mehr wurde nicht nur die Hochschullehrerschaft, sondern auch der Berliner Senat zum erbitterten Feind stilisiert – auch in Antizipation des „in den kommenden Jahren zunehmene[n] direkten Eingriff[s] des Staates in bisher autonome Bereiche der Universität“. ⁸⁸⁴ Auch in NRW wirkte der 02. Juni breitenwirksam politisierend: An sämtlichen Universitäten fanden Schweigemärsche mit 1.000 bis 10.000 Personen statt. ⁸⁸⁵ Auch später, in der Phase der Springer-Proteste infolge des Dutschke-Attentats, kam es in Bochum, Dortmund und Duisburg zu größeren Protesten: Am Osterwochenende verband sich der studentische Unmut vor allem in den beiden letztgenannten Städten mit den traditionellen Friedensmärschen. In der Dortmunder Westfalenhalle kamen zur Schlusskundgebung der Ostermärsche 1968 zwischen 15.000 und 18.000 Demonstrierende zusammen. ⁸⁸⁶ In manchen westfälischen Städten wie Paderborn konzentrierten die Studierenden derweil auch in dieser Spätphase ihre politischen Aktionen auf hochschulpolitische Themen. ⁸⁸⁷ Zudem begünstigte die westfalenspezifische Erweiterung der Wohnfläche seit den 1950er Jahren, die ihrerseits schon früh individuelle und lebensgestalterische Freiräume gefördert hatte, die rasche Ausbreitung und eine zwar allmählichere, aber dadurch tatsächlich auch nachhaltigere Institutionalisierung alternativer Wohnprojekte und neuer (zunächst jugendkultureller) Gesellungsformen. ⁸⁸⁸ Ähnliches scheint weiter südwestlich im Nordrheinischen der Fall gewesen zu sein: Claus Leggewie spricht von einem „Kölner Aufbruch“ und verortet im dortigen „1968“ zwar kein aufsehenerregendes und strahlkräftiges Aktionszentrum, aber doch eine früh blühende „lebendige, mainstreamfähige Subkultur, die Einübung demokratischer Mitbestimmung und Ansätze einer alternativen Wohlfahrtsökonomie.“⁸⁸⁹ Streiksemester,

882 „Trotz zeitweiligen Kundgebungsverbotes wechselten sich in Berlin binnen der folgenden zwei Wochen teilweise mehrfach täglich Demonstrationen mit bis zu 15.000 Teilnehmern, Vollversammlungen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen ab. Damit erreichte die studentische Mobilisierung ihren Höhepunkt. Das gesamte Leben der Universität wurde von diesen Aktionen bestimmt. Die Lehrveranstaltungen fielen fast vollständig aus. Es kann davon ausgegangen werden, dass jeder Berliner Student zumindest an einer Veranstaltung zum Tode Ohnesorgs teilnahm.“ Ibid., S. 639.

883 Ibid.

884 Vgl. *ibid.*, S. 649f.

885 Vgl. *ibid.*, S. 673.

886 Vgl. Großbölting: 1968 in Westfalen, S. 44f.

887 Vgl. *ibid.*, S. 49.

888 „Der Trend ging dahin, größere individuelle Ansprüche zu erfüllen. Seit den 1950er Jahren nahm nicht nur die Wohnfläche insgesamt, sondern auch die Zahl der separierten Wohnräume in den Häusern zu. Immer mehr Familienmitgliedern standen einzelne, in sich geschlossene Zimmer zur Verfügung. Das brachte dem Einzelnen in der Familie größere Freiräume, ermöglichte eine intimere Lebensführung und hatte auf diese Weise große Konsequenzen beispielsweise für die Entwicklung von Jugendkulturen.“ Ibid., S. 129, vgl. zur Beobachtung einer stärkeren Verzahnung von Gegen- und Normalkultur in der westfälischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft *ibid.*, S. 143f.

889 Leggewie: Köln und seine Protestgeschichte, S. 13.

Hörsaalblockaden, Demonstrationen, Besetzungen und weitere Protestaktionen hatte es auch hier gegeben, überdies eine studentische politische Spannung zwischen insurrektionalistischen „Maximalisten“ und reformistischen „Gradualisten“; zudem brachte die Stadt mit dem später früh verstorbenen Klaus Novy sogar einen „intellektuellen Netzwerker“ hervor, der in verschiedenen Wohnprojekten Arbeitsgemeinschaften organisierte – dies alles jedoch wohl in einem ausgelassenen, schnelllebigen, experimentierfreudigen und doch zugleich kompromissoffenen Stadtklima.⁸⁹⁰ Überhaupt war man im Westen der Republik gerade nicht verbissen, verschworen oder feindselig: Die nordrhein-westfälische studentische Mehrheit (mit Ausnahme von Münster⁸⁹¹) nahm die fernen „Ereignisse in Berlin“ überwiegend als Einzelfall und Folge der dortigen besonderen lokalen Gegebenheiten⁸⁹² wahr, nicht als Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Repressionstendenzen.⁸⁹³ So wurden nicht einmal nach dem 02. Juni 1967 die akademischen Eliten in NRW – abgesehen von der damaligen Bundeshauptstadt Bonn – als Gegner perzipiert,

„was nicht zuletzt daran lag, dass die akademische Seite den studentischen Protestaktionen nicht nur keine Steine in den Weg legte, sondern ihre Trauerkundgebungen und Vollversammlungen teilweise unterstützte oder sogar offizielle akademische Trauerfeiern abhielt, während der die Lehrveranstaltungen ruhten.“⁸⁹⁴

Erkennbar lag im Kurras-Schuss also mancherorts – nicht nur „in der Provinz“⁸⁹⁵ – grundsätzlich das Potenzial einer gesamtuniversitären Gedenk- und Solidaritätsbewegung begründet, eines Schulterschlusses zwischen Lehrenden und Lernenden. Einen unmittelbaren Kontrast hierzu bildet die ebenfalls in der „Provinz“⁸⁹⁶ liegende Universitätsstadt Heidelberg, Standort des Hauptquartiers der US-Armee in Europa sowie Sitz des Oberbefehlshabers derselben in Deutschland.⁸⁹⁷ Hier war jedes Einvernehmen zwischen Studierenden, Universitätsvertretern, Stadtverwaltung und Stadtöffentlichkeit nachgerade undenkbar. Die hiesige studentische Protestwelle brach mit fundamentaloppositioneller Intransigenz in die Stadtgesellschaft ein und wurde mit ebenso unachgiebiger Härte vonseiten des Universitätsrektorats wie den städtischen Behörden beantwortet. Die Berliner Juni-Ereignisse 1967 wirkten auch hier sensibilisierend und aktivierend; insbesondere für den Heidelberger SDS galt es als erwiesen, „dass die Exekutive demokratische und rechtsstaatliche Formen der Konfliktbewältigung ersetzt ha-

890 Vgl. *ibid.*, S. 14, 22, 24f., und 90.

891 Vgl. Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 677 sowie Großbölting: 1968 in Westfalen, S. 38.

892 Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 676.

893 Vermutlich nicht zuletzt, weil der SDS hier die hochschulpolitische Arbeit vernachlässigte und sich in „orthodox-marxistische[r]“ Manier allein auf allgemeinpolitische Fragen konzentrierte, vgl. *ibid.*, S. 143. Aber auch sonst spiegelten sich „die Ereignisse der Protestmonate zwischen dem Juni 1967 und dem Sommer 1968 [...] in der Provinz allenfalls in einer schwächeren Form wider“, vgl. Großbölting: 1968 in Westfalen, S. 140.

894 Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 678.

895 Vgl. Etzemüller: Ein Riss in der Geschichte?, S. 9.

896 Nagel, Katja: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973. Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. XIII, Heidelberg – Ubstadt-Weiher – Neustadt a. d. W. – Basel 2009.

897 Vgl. *ibid.*, Geleitwort.

be durch eine gewaltsame Unterdrückung politischer Meinungen“.⁸⁹⁸ Die studentische Wut richtete sich ähnlich wie in Berlin und Frankfurt auf die Vertreter des „Systems“, eine Kategorie, in die man in projektiver Manier wahlweise Universitätseliten, Exekutiv- und Ministerialbeamte wie auch Pressevertreter und -organe einsortieren konnte.⁸⁹⁹ Im amtierenden Oberbürgermeister Reinhold Zundel (SPD), der als Ordnungshüter auftrat und sich – so ein vielfach kolportiertes Statement – gegen die Bezeichnung als „Technokraten“ explizit nicht wehrte, fand man zudem eine unnachgiebige Feindfigur.⁹⁰⁰ Die Auseinandersetzungen wurden hier wiederholt durch *sit-ins*, *teach-ins*, Veranstaltungsboykotte, Sitzstreiks und Blockaden sekundiert. Ein kurzer Blick auf die Ereignisse illustriert die Drastik des Heidelberg’schen „1968“: Als Zundel infolge des Sechstagekrieges gewalttätige Ausschreitungen zwischen arabischen und israelischen Studenten vor Ort befürchtete, erließ er ein Demonstrationsverbot für die Heidelberger Hauptstraße und rief damit eine Reihe von studentischen Protesten unter dem Zeichen der „begrenzten Regelverletzung“ (Auflösung und Neuformierung der Demonstration im Rahmen eines „Spaziergangs“) hervor;⁹⁰¹ in der Folge entbrannte in Heidelberg eine „Debatte über die Grenzen der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit“.⁹⁰² Wenige Wochen nachdem der Heidelberger SDS im Januar 1968 seine „Stadthallenaktion“ durchführte – eine Störaktion anlässlich einer vom Akademischen Auslandsamt organisierten Festveranstaltung –⁹⁰³, erstattete Zundel Anzeige gegen die Aktivisten; diese antworteten in zwei Phasen mit einer Kampagne gegen „politische Justiz“.⁹⁰⁴ Im Dezember 1968 sollte der „Stadthallenprozess“ eröffnet werden: Die fünf Angeklagten erschienen erst am 08. Januar 1969 und forderten eine Aufhebung des Haftbefehls.⁹⁰⁵ Am Folgetag drang die Polizei in die Räume des lokalen AStA ein und verhaftete mehrere Anwesende.⁹⁰⁶ Im Rahmen einer Vietnamdemonstration des Heidelberger SDS kam es im Dezember 1968 zu schweren Zusammenstöße mit Polizisten.⁹⁰⁷ Teil der weiteren Entwicklungen ist auch ein Prozess gegen vier Heidelberger SDSler wegen Beschmierung von NPD-Wahlplakaten⁹⁰⁸ sowie die Festnahme dreier SDSler beim Versuch, NPD-Landtagswahlplakate zu entfernen.⁹⁰⁹ Und die Eskalationsdynamik sollte noch weiter an Fahrt aufnehmen: Ab Februar 1969 gab es im Zuge des „Stadthallenprozesses“ und der hier vermeintlich geübten „Klassenjustiz“ wiederholt weitere Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei.⁹¹⁰ Auch in den Jahren 1970 bis 1973

898 Vgl. *ibid.*, S. 34.

899 Vgl. *ibid.*, S. 39.

900 Vgl. *ibid.*, S. 35-37. Zur von SDS-Mitgliedern ins Leben gerufenen „Projektgruppe Zundel“, deren Ziel das Streuen denunzierender Informationen unter den Kommilitonen war vgl. *ibid.*, S. 40.

901 Vgl. *ibid.*, S. 50-95.

902 *Ibid.*, S. 114.

903 Vgl. *ibid.*, S. 147-157 und 393.

904 Vgl. *ibid.*, S. 157-203.

905 Vgl. *ibid.*, S. 402f.

906 Vgl. *ibid.*, S. 201-225 und 402f. Während der Prozesstage und -jahre traten Otto Schily, Hans-Christian Ströbele und Horst Mahler, späterer rechtsextremer Renegat, als APO-Anwälte auf, vgl. *ibid.*, S. 381 und 406.

907 Vgl. *ibid.*, S. 245-261 und 400.

908 Vgl. *ibid.*, S. 400.

909 Vgl. *ibid.*, S. 394.

910 Vgl. *ibid.*, S. 405.

nahm das Konfliktpotenzial über verschiedene Anlässe hinweg weiter zu. Bereits im Juni 1970, infolge von gewalttätig eskalierten Demonstrationen gegen die Teilnahme des Weltbankpräsidenten und früheren amerikanischen Verteidigungsministers Robert McNamara an einer internationalen Konferenz zur Entwicklungshilfepolitik, schritt die baden-württembergische Landesregierung ein und erließ ein Verbot des Heidelberger SDS.⁹¹¹ Zu den traurigen Höhepunkten der Trümmerbilanz jener Jahre zählen neben einigen Verletzten und Festgenommenen: eine verbrannte Universitätsstür, zertrümmerte Glasscheiben des ansässigen Amerikahauses,⁹¹² ferner ein Bombenanschlag der RAF auf das US-Hauptquartier mit drei toten und mehreren verletzten Soldaten.⁹¹³ Erkennbar hielten „die Konflikte in der Stadt und an der Universität Heidelberg zum damaligen Zeitpunkt [sic] weite Teile der Öffentlichkeit in Atem“.⁹¹⁴ Dabei begegnete die lokale Öffentlichkeit den studentischen Protestaktionen von Anfang an mit Unverständnis und Erregung, auch zu Gegendemonstrationen und zur Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft Heidelberger Bürger“, die ein repressives Durchgreifen „als Mittel gegen die Störer“ forderte, kam es hier.⁹¹⁵ Im Falle Heidelbergs verbieten sich daher offenkundig auch heute noch die versöhnlichen, einstige Antagonismen durch einen differenzierenden Längsschnitt einebnenden Rückblicke, die für andere aktuelle Studien üblich sind.⁹¹⁶ Noch im Jahr 2009 konstatierte die Historikerin Katja Nagel eine verbitterte Polarisierung zwischen einstigen SDS-Aktivist*innen und ihren Sympathisanten auf der einen Seite sowie deren Kritikern (die ihnen nicht weniger als eine gescheiterte Attacke auf Demokratie und Rechtsstaat vorwerfen) auf der anderen Seite.⁹¹⁷

911 Vgl. *ibid.*, S. 281–302 und 414.

912 Vgl. *ibid.*, S. 412.

913 Vgl. *ibid.*, S. 418.

914 Vgl. *ibid.*, S. 24.

915 Vgl. *ibid.*, S. 47, 125, 377 und 404.

916 „Die politische ‚Revolution‘ erscheint [...] als Reflex auf die ‚Lebensstilrevolution‘ der modernen Konsumgesellschaft, die wiederum die ‚silent revolution‘, den Wertewandel der westlichen Gesellschaften entscheidend vorangetrieben hat. Das wiederum überführte die politische Revolution in das ganz alltägliche politische Leben der postmodernen Gesellschaft. [...] Dies] macht deutlich, daß ‚1968‘ vielmehr einer längst in Bewegung geratenen Gesellschaft als Katalysator die Möglichkeit bot, die Veränderungen zu diskutieren.“ Etzemüller: Ein Riss in der Geschichte?, S. 13; „Der Demokratie der Bundesrepublik wie auch der mit ihr verbundenen politischen Kultur stellt [der] Befund der Diffusion und Integration von ‚1968‘ ein gutes Zeugnis aus: Gesellschaft und Politik waren nicht nur auf dem nationalen Level, sondern auch in der Provinz in den vergangenen Jahrzehnten in der Lage, die Impulse von ‚1968‘ nicht nur aufzunehmen, sondern diese zu integrieren und sich selbst an ihnen weiterzuentwickeln.“ Großbölting: 1968 in Westfalen, S. 144f.; „Auf der Haben-Seite von ‚1968‘ steht, dass die außer-, zum Teil antiparlamentarische Opposition unterm Strich die Demokratisierung der Bundesrepublik beflügelte und zur ‚Beteiligungsrevolution‘ der 1970er-Jahre und der Entstehung einer selbstbewussten Bürgergesellschaft in Deutschland beitrug. Aus scharfen Kritikern des politischen Liberalismus wurden vielfach seine Anhänger [...]“ Leggewie: Köln und seine Protestgeschichte, S. 95f.; „Die Demokratisierung der Gesellschaft war eingebettet in eine Lebensstilrevolution. Medial war ‚1968‘ die erste Protestbewegung des Fernsehzeitalters. Die relativ kleine Avantgarde der ‚68er‘ prägte diesen Wandel entscheidend mit, hat ihn aber, was noch wichtiger war, gesellschaftlich kommuniziert und in diesem Sinne zu ‚bewältigen‘ geholfen.“ Gasert: Bewegte Gesellschaft, S. 130.

917 Vgl. Nagel: Die Provinz in Bewegung, S. 8.

Das Heidelberger Beispiel verweist auf allgemeine Tendenzen an den konfliktträchtigen Schauplätzen der Studentenbewegung nach dem Dutschke-Attentat. „Ab 1968 radikalisierten sich [...] Teile der zunehmend zersplitterten Bewegung, die Gewalt durchaus als legitime Gegenmaßnahme zur staatlichen Gewalt erachteten.“⁹¹⁸ Auf die Studentenbewegung folgten die 1970er Jahre, ein Jahrzehnt fundamentaler Veränderungen und politischer Polarisierung. Viele Motive der linksradikalen Gesellschaftskritik wurden in diesen Jahren offen ausgetragen. Erst zwischen 1970 und 1973 erreichte die Auseinandersetzung zwischen Studierenden und dem von reformskeptischen Professoren gegründeten Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW) um die „Demokratisierung der Universitäten“ ihren Zenit.⁹¹⁹ Ob man nun den Koenen'schen Weg geht und die Periode zwischen 1967 und 1977, als der Zustrom zu den Organisationen, Splittergruppen und Strukturen der Alten wie Neuen Linken am stärksten war und die vielgestaltigen Liberalisierungsprozesse in Kultur, Alltag und Politik sich ein linkes bzw. linksliberales Selbstverständnis gaben, als „Kulturrevolution“ und „rotes Jahrzehnt“ rubriziert,⁹²⁰ oder demgegenüber darauf insistiert, dass es zeitgleich eine durchaus wachsende und einflussreiche konservative bzw. „rechte“ „Gegen-Generation“ an den westdeutschen Universitäten und in der Gesellschaft lange vor der eigentlichen „Tendenzwende“ ab den Krisenjahren 1973/74⁹²¹ gegeben hat, die gar die Rede von einem „schwarzen Jahrzehnt“ legitimieren könnte.⁹²² Die gesellschaftsgeschichtlich entscheidenden Konflikte einer werdenden postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft nach dem Wachstumsboom, insbesondere nach dem Ölpreisschock von 1973, einer kriselnden wirtschaftlichen Situation und einer seit Langem erstmals wieder steigenden Erwerbslosigkeit, machte die Bundesrepublik erst in jenen späteren Jahren durch.⁹²³ Schon als die reformfreudige Koalition aus SPD und FDP unter Willy Brandt (der in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 ankündigte: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“) die Regierungsgeschäfte aufnahm, waren die konstitutiven Auseinandersetzungen des SDS zwischen 1961 und 1967 im Grunde längst vergessen. Es waren die Kommunistischen Bünde und K-Gruppen, mit ihrem Klassenkampfpfathos und ihrem autoritären Kaderprinzip – dem

918 Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, S. 349.

919 Vgl. Wehrs, Nikolai: Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren, Göttingen 2014, S. 29 und 196-386.

920 Vgl. Koenen: Das rote Jahrzehnt, insbesondere die Ausführungen zum „Gründungsieber“ nach der Auflösung des SDS S. 183-206.

921 Vgl. Finkbeiner, Florian: Schicksalsjahre des Konservatismus. Konservative Intellektuelle und die Tendenzwende in den 1970er Jahren, Stuttgart 2017, S. 94-130.

922 Vgl. Schmidt, Daniel/Sturm, Michael: „Wir sind die, vor denen Euch die Linken immer schon gewarnt haben.“ Eine Einleitung, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt/New York 2010, S. 7-29, vgl. außerdem im selben Band besonders von der Goltz, Anna: Eine Gegen-Generation von 1968? Politische Polarisierung und konservative Mobilisierung an westdeutschen Universitäten, in: Livi, Massimiliano/Schmidt, Daniel/Sturm, Michael (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt/New York 2010, S. 73-89.

923 Vgl. Schildt: Die Sozialgeschichte der BRD, S. 56-59 und Jarausch, Konrad H.: Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart, in: Ders. (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 9-26.

„Organisationswahn der pseudoproletarischen Sekten“⁹²⁴ –, die anarchistisch-antiautoritäre Sponti-Szene und die linksterroristischen Zirkel um die RAF, die in den 1970er Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit bestimmten. Während aus einem großen Teil der Neuen Linken bzw. der linkspolitisierten Studenten die Alternativ- und Anti-AKW-Bewegung sowie später, 1980, die Friedensbewegung hervorgingen und am Ende des „langen Marsches durch die Institutionen“ nicht nur eine neue Reihe von Funktionseliten in öffentlichem Dienst, Politik, Kultur und Wirtschaft sowie die parlamentarische Reintegration des oppositionellen Impulses durch die Gründung der Grünen Partei stand, stürzten sich viele orthodox-kommunistische Aktivisten in den Aufbau neuer Hierarchien, kanalisieren teils auch ihre lang gehegte „ohnmächtige Wut“ in neue Militanz.⁹²⁵ Zumindest taten sie all das noch bis etwa 1977; dann aber

„scheint die Entwicklung innerhalb dieser beiden Pole ausgelaufen zu sein. Die Toten von Stammheim und der Deutsche Herbst bezeichneten diesen Endpunkt. Was danach kam, war Grabgesang [...] Der linksradikalen Identität der Militanten entsprach fortan keine Praxis mehr, und somit gab es auch keine weitere Entwicklung, keine neuen Erfahrungen und Ideen.“⁹²⁶

Eine Konsequenz dieses Auslaufens bildete die „große[] Wende der Linksradikalen zur Innerlichkeit“⁹²⁷, nicht nur in Gestalt des alternativen Rückzugs in die Subkultur, sondern auch als Hinwendung zur solipsistischen Politik der ersten Person, wie sie schließlich die Frankfurter und Berliner Hausbesetzerbewegung, mithin die autonome Szene kennzeichnen sollte.⁹²⁸ Aber nochmals: Die durch die Anti-AKW-Bewegung vorangetriebenen großen, teils ungeahnt eskalativ verlaufenden Demonstrationen der „Schlachten“ um Grohnde und Brokdorf;⁹²⁹ die Affäre um ein „klammheimliche Freude“ signalisierendes anonymes Sympathisantenschreiben aus der Feder des „Göttinger Mescalero“ anlässlich der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback durch die RAF und die sich anschließende, durch den Göttinger RCDS geschickt angestoßene Welle öffentlicher Empörung über die studentische radikale Linke und ihr leichtsinniges Verhältnis zur Gewaltfrage insgesamt (die dann auch der nun insgesamt suspekt erscheinenden Sponti- bzw. Alternativbewegung erhebliche Attraktionskraft kostete);⁹³⁰ die wachsenden Konflikte um Wohnraumpolitik und Stadtplanung in Großstädten wie Göttingen, Berlin und Hamburg, die vielerorts zu Bündnissen zwischen Anwohnern und linken Szene-Strukturen führten, überhaupt die allgemeine politische und „politisch-intellektuelle“ Polarisierung, die die Regeneration des intellektuellen Konservatismus „aus liberaler Reformskepsis“ beflügelte,⁹³¹ die

924 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte H. 44/2004, S. 105-121, hier S. 106 f.

925 Jarausch: Deutsche Studenten, S. 228f., vgl. auch

926 Fischer, Joschka: Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek 1984, S. 103f.

927 Ibid., S. 104.

928 Vgl. Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin/Amsterdam 1990, S. 168 sowie Kraushaar: Die Frankfurter Sponti-Szene.

929 Vgl. Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 146-151.

930 Vgl. die differenzierte und didaktische Darstellung der Abläufe in Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 95-103.

931 Wehrs: Protest der Professoren, S. 430-452, Zitat S. 433.

neuen Studentenstreiks 1976/77 in Berlin, ausgehend von der FU und anlässlich von Radikalerlass und neuem Hochschulrahmengesetz, die hinsichtlich ihres wiederum deutlich den Eingang der netzwerkhaften, initiativenbasierten und auf die „mittlere Reichweite“ zielenden Aktionsrepertoires von der einstigen APO in die „Neuen Sozialen Bewegungen“ demonstrieren,⁹³² auch die in schier unlösbaren Selbstfindungs- und Perspektivenkonflikten befindliche postsozialistische „Alternativbewegung“⁹³³, die sowohl während der Phase der K-Gruppen-Dominanz an den Universitäten als auch der darauf folgenden Sponti-Mobilisierung⁹³⁴ die Erfahrung machte, „daß die landläufige, angebotene Sozialität so leer und die revolutionäre keinen Deut besser ist“⁹³⁵ – all das gehört einer Dekade *nach* der Studentenbewegung von „1968“ an, so langfristig prägend diese auch für jene gewesen sein mag. Die 1970er, insbesondere ab 1973, waren auch das Jahrzehnt der Ölpreiskrisen und des Einbruchs der wirtschaftlichen Wachstumsdynamiken, damit eines fortgesetzten „Strukturwandel[s]“⁹³⁶ der deutschen Gesellschaft. Tatsächlich ließe sich mit einigem Recht behaupten, dass sich erst in den 1970er Jahren jene ganz großen Umbrüche voll durchsetzten, die sich im Jahrzehnt davor als neue Konfliktlinien aufgebaut hatten, und von deren Heraufdämmern die „68er“ als neuartige konsumgesellschaftliche Protestbewegung antizipativ kündeten.⁹³⁷

Indes, all das ist nicht mehr Teil der Geschichte der großen westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre im engeren Sinne. Vieles, was heute mit „1968“ assoziiert wird – insbesondere der sozialliberale Mentalitätsumschwung und die Demokratisierungsempphase einer Generation – gehört dazu. Zwar lässt sich – so ein möglicher Einwand – die Zeitspanne zwischen 1976/77 und 1983, als viele politisierte Studierende, zuvörderst in Berlin, sich von den K-Gruppen⁹³⁸ und damit überhaupt von „organisations- und theoriebezogenen Politikformen“⁹³⁹ ab- und den spontaneistischen, antiautoritären, nun alternativbewegten Formen (an den Universitäten etwa den „Basisgruppen“) zuwandten⁹⁴⁰, ebenfalls als Phase des studentischen oppositionellen Aktivismus auf-

932 Vgl. Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 36-39 und 238ff. sowie Cassert: Bewegte Gesellschaft, S. 136-139; s. auch besonders Etzemüller: Ein Riss in der Geschichte?, S. 11: „Der Staat und die Organisationen der Alten Linken haben das Monopol auf Reform, Umbau und Kritik der Gesellschaft verloren; seit den siebziger Jahren ist das in zahllosen Bürgerinitiativen gewissermaßen ‚vergesellschaftet‘. Das ist der unvorhergesehene, aber zweifellos bleibende Effekt von ‚1968‘.“

933 Zu den Debatten über politische, praktische und strategische Aussichten einer „Alternativbewegung“, die im „Entwicklungsgrad positiver Lebensentwürfe“ – „nicht mehr die soziale Wirksamkeit eines Klassenkampfkonzeptes“ – das „Erfolgskriterium für ihre Arbeit“ erblickt, vgl. den Sammelband Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt a.M. 1978, der auch Beiträge von Peter Brückner, Thomas Schmid und Bernd Leineweber enthält (Zitate vom Buchrücken).

934 Vgl. Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 50.

935 Schmid, Thomas: Stämme und Stammtisch oder Bescheidener Vorschlag, die alternativen Institutionen wieder abzuschaffen, in: Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt a.M. 1978, S. 86-94, hier S. 91.

936 Jarausch: Verkannter Strukturwandel.

937 Vgl. Etzemüller: Ein Riss in der Geschichte?, S. 13 und 220f.

938 Vgl. Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 50.

939 Vgl. *ibid.*, S. 45.

940 Vgl. Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 97.

fassen. Krause et al. sprechen hier im Falle Berlins gar von „eine[r] der stärksten politischen Mobilisierungen der Studentenschaft“. ⁹⁴¹ Zudem agitierte der weiterhin nach dem marxistisch-leninistischen Kaderprinzip strukturierte „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus), DDR-treuer Studentenverband der DKP, weiterhin diszipliniert und erfolgreich; unter den politischen Hochschulorganisationen bildete er bis in die späten 1970er Jahre eine durchaus ernstzunehmende Kraft ⁹⁴² und mobilisierte in den 1980er Jahren, während einer Phase akademischer Überfüllung ⁹⁴³, gemeinsam mit anderen DKP-nahen Organisationen für die westdeutschen Friedensbewegung. ⁹⁴⁴ Oppositionelle Bewegung von studentischer Seite gab es also durchaus. Allerdings blieb deren gesamtgesellschaftliche Wirkung mager. „1977 [dem Schwerpunktjahr der links-terroristischen Anschläge, J. S.] war auch das Jahr der großen Wende der Linksradi- kalen hin zur Innerlichkeit.“ ⁹⁴⁵ Man führte zunehmend dogmatisierte inneruniversi- täre Auseinandersetzungen in esoterisch anmutenden Idiolekt; ⁹⁴⁶ der studentische Linksradikalismus sank daher, trotz weiterhin postulierten gesellschaftsreformerischen Absichten, hinab in die Isolierung vom „Meinungsspektrum“ der Mehrheitsbevölke- rung. ⁹⁴⁷

Daher ist noch einmal zu fragen: Was sind die entscheidenden Besonderheiten und Charakteristika der von SDS und APO angeführten Studentenbewegung von „1968“ im engeren Sinne, worin liegt ihre Bedeutung für gesellschaftliche und politikulturelle Ver- änderungen? Will man das Flechtwerk sich überkreuzender Zusammenhänge entwir- ren, ist eine Konzentration auf ausgewählte Aspekte auch hier unausweichlich. Sie sol- len wie folgt sortiert werden: a) „Generationskonflikt“ versus Suche nach kollektiver Zu- gehörigkeit, b) internationale Einbettung und mediale Präsenz, c) subkulturelle Dyna- mik im gesamtgesellschaftlichen Mentalitätswandel, d) Distanz zu klassischen sozialen Bewegungen, und e) Gerinnen zum mythisch-kulturellen Artefakt.

a) *„Generationskonflikt“ versus Suche nach kollektiver Zugehörigkeit*: In Deutschland wer- den Entnazifizierung und Antifaschismus oft als zentrale Anliegen der „68er“ ange- führt, ja bisweilen erscheint die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit nicht nur als wichtiges „Politikum“ ⁹⁴⁸, sondern gar als identitätsstiftende säkular-religiöse Obsessi- on der Studenten. ⁹⁴⁹ Auch ist zu lesen, dass die Vergangenheitsbewältigung im „roten Jahrzehnt“ zu einer „deutsche[n] Selbstfaszination“ avanciert sei. ⁹⁵⁰ Andere widerspre-

941 Vgl. Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 50.

942 Vgl. das grafische Schema in *ibid.*, S. 43.

943 Vgl. dazu eingehend Kapitel II.3.2 dieser Studie.

944 Vgl. Walter: Rebellen, Propheten, Tabubrecher, S. 104-114.

945 Fischer: Von grüner Kraft und Herrlichkeit, S. 104.

946 Vgl. Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 35 und 45.

947 *Ibid.*, S. 44. Manchem historisch versierten Leser mag diese Abgrenzung schematisch erscheinen. Verglichen mit der ausgreifenden gesellschaftlichen Relevanz der drei in dieser Studie herausge- griffenen Mobilisierungsphasen erscheint sie nichtsdestotrotz einerseits naheliegend. Anderer- seits deutet die in diesem Feld spärliche wissenschaftliche Literatur auf eine Forschungslücke hin, die zu füllen die Zielsetzung der hier unternommenen Längsschnittbetrachtung weit überstiege.

948 Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, S. 363.

949 Vgl. Kießling, Simon: Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne, Köln 2006, S. 274-283.

950 Koenen: Das rote Jahrzehnt, S. 95.

chen hier und bezweifeln eine entscheidende Funktion der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit als „Kernbestandteil der Kollektiven Identität und des Framings für studentisches politisches Denken und Handeln“, habe dieser Themenkomplex doch nur in Bonn und an der FU Berlin eine entscheidende Politisierungsdynamik entfalten können.⁹⁵¹ Tatsächlich hatte erst vor allem der Berliner SDS, später die APO immer auch die öffentliche Aufmerksamkeit auf die eigenen „Nazi-Eltern“ zu lenken versucht – mit diesem Selbstverständnis trug man selbst zur anfänglichen Beliebtheit der These eines „Generationskonflikts“⁹⁵² zwischen Studenten und Elterngeneration bei. Empirisch belegt werden konnte diese These allerdings nie: „Die Generationsthese wurde von manchen Wissenschaftlern aufgegriffen, ist aber nie durch biographisches Material hinreichend bestätigt worden, schon gar nicht in der Variante der NS-belasteten Eltern.“⁹⁵³ Wie der Soziologie Klaus R. Allerbeck auf der Grundlage eines Vergleichs deutscher und US-amerikanischer Studentenunruhen schon 1971 herausarbeitete, beteiligten sich insbesondere jene Studenten aktiv an den „68er“-Bewegungen, die im eigenen Elternhaus politischen und moralischen Rückhalt fanden.⁹⁵⁴ Überhaupt beobachtete Allerbeck entgegen aller Klischees vom rebellierenden Studenten als starkes Motiv des studentischen Engagements die Suche nach weitgehendem politischem und normativem Konsens mit dem eigenen sozialen Umfeld – den man, da die *peers* meist selbst aktive Studenten waren, auch fand.⁹⁵⁵ Trotz aller Auflösungstendenzen bildungsbürgerlicher Prägung der Studentenschaft einte sie ein spezifisches Verantwortungsempfinden angesichts der jeweiligen politischen Anlässe, waren sie doch

„wesentlich mehr politisiert als andere Jugendliche (56 % zu 25 %!), weil die besondere Studentenrolle den Jungakademikern nicht nur ein Solidaritätsgefühl, sondern auch den Anspruch einer besonderen Verantwortung vermittelte.“⁹⁵⁶

Insofern wird man den Wahrheitsgehalt der klischeebehafteten Vorstellung vom „Generationskonflikt“ auf die Formel bringen dürfen, dass die Studentenbewegung der

951 Vgl. Spix: Abschied vom Elfenbeinturm?, S. 445.

952 Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 124-130 und Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, S. 363-366. Für ein exemplarisches Beispiel siehe Beck, Heinrich: *Machtkampf der Generationen? Zum Aufstand der Jugend gegen den Autoritätsanspruch der Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1970, wo davon gesprochen wird, dass „keine Schule, kein Betrieb, auch kaum eine Familie“ mehr existiere, „in der nicht die Jungen den Alten den Prozeß machen.“ (Buchrücken) Der Autor, seines Zeichens Professor für Philosophie, erhebt in dem Band den Anspruch, wie ein Gesprächsmoderator zwischen den solcherart gezeichneten Generationsfronten zu vermitteln, neigt aber zur Pädagogisierung des beobachteten Konfliktpotenzials, wenn er die Lösung in einer „inneren Umstellung“ in Richtung gegenseitigen Verständnisses, des Verzichts auf „Verabsolutierungen“ und wechselseitiger Anerkennung erblickt, *ibid.*, S. 50-73.

953 Schmidt: *Der späte Nachhall von '68*, S. 710.

954 „Studenten aus politisch liberalen und linken Elternhäusern unterstützen die Studentenbewegungen wesentlich häufiger als Studenten, deren Eltern politisch konservativ sind.“ Allerbeck, Klaus R.: Eine strukturelle Erklärung von Studentenbewegungen in entwickelten Industriegesellschaften, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H. 23/1971, S. 478-493, hier S. 479.

955 Vgl. *ibid.*, S. 481f.

956 Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 235.

sechziger Jahre den juristisch, politisch und massenmedial schon vorhandenen Trend⁹⁵⁷ zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bekräftigt und zur weiteren Sensibilisierung der Bevölkerung beigetragen hat – die entscheidenden „Initiatoren einer selbstkritischen Vergangenheitsreflexion“⁹⁵⁸ aber hatte sie nicht hervorgebracht.⁹⁵⁹ Die Empörung über die in die NS-Vergangenheit verwickelten bundesrepublikanischen Autoritäten ist auch als Identität und Zugehörigkeit stiftendes Element der Studentenbewegung zu sehen, ablesbar am okkasionalistischen Monieren vermeintlich herrschender oder drohender „faschistoider“ Zustände in der Bundesrepublik, etwa in Gestalt eines Transparents am Architekturgebäude der TU Berlin vom 28. Mai 1968, das den Protest gegen die Notstandsgesetzgebung in die Formel „STREIKT GEGEN DIE NS-GESETZE“ goss.⁹⁶⁰ „Die Generationserzählung von den Achtundsechzigern als den Vorkämpfern gegen das braune Erbe der Väter wurde von den Angehörigen dieser Altersgruppen begierig aufgegriffen. Denn erst durch diese nachholende Erzählhandlung konstituierten sie sich als eine politische Generation.“⁹⁶¹

b) *Internationale Einbettung und mediale Präsenz:* Zudem überformte der antifaschistisch verbrämte jungakademische Antiautoritarismus eine in vielen westlichen Ländern zu beobachtende Politisierung der Jugend.⁹⁶² Ohne dieses Phänomen einer weltweiten Jugendrevolte ist die besondere Dynamik der Studentenbewegung von „1968“ nicht zu verstehen.⁹⁶³ Sie erst machte die Selbstverortung in einem globalen „Antiimperialis-

957 „Die massenmedial verbreiteten Informationen der Flakhelfergeneration, kombiniert mit diversen Kulturerzeugnissen (insbesondere verstörende Filme und Bilder), stimulierten seinerzeit wissenschaftliche Forschungsarbeiten und allgemeines Nachdenken. [...] Wichtige Etappen auf dem Weg zu einem aufgeklärten Vergangenheitsbild, in dem vor allem die simple Schuldzuweisung an den ‚Führer‘ und eine zahlenmäßig kleine NS-Elite aufhörte, wurden einige Jahre vor ‚68‘ und ohne die 68er genommen [...]“ Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, S. 364 und 365. Zu nennen sind überdies Gerichtsverfahren wie der Eichmann-Prozess in Israel 1961 und die deutschen Auschwitz-Prozesse ab 1963.

958 Ibid., S. 363.

959 Siehe dazu jüngst auch Hodenberg: Das andere Achtundsechzig, S. 74: „An die Stelle des Mythos von gefühlkalten Eltern und revoltierenden Söhnen tritt ein Bild, in dem beidseitig hergestelltes, selektives Schweigen die Harmonie absicherte.“

960 Vgl. Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 127, Abb. 9.

961 Hodenberg: Das andere Achtundsechzig, S. 74.

962 „The eruption of student protest in the 1960s was a global phenomenon, the magnitude of which was acknowledged by contemporary observers, enthusiastic supporters, and fierce critics alike.“ Klimke, Martin: The Other Alliance. Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties, Princeton and Oxford 2010, S. 1.

963 „Als deutsche Variante einer internationalen Jugendrevolte besaß die Studentenbewegung einen eigentümlichen Charakter. Obwohl die Teilnehmer sich dessen kaum bewußt waren, standen sie in der linksradikalen Tradition der deutschen Studenten von 1848, der Finkenschaft oder Weimarer Sozialisten. Gleichzeitig waren sie aber auch eine lokale Ausprägung des weltweiten Intellektuellenprotests gegen die amerikanische Beteiligung am Vietnamkrieg, der sich von amerikanischen Hochschulen in andere Länder ausbreitete. Während in anderen entwickelten Industrienationen die Frustrationen der Massenhochschule Studenten zum Protest anregten, kam in Deutschland noch das Restaurationsklima der Ordinarienuniversität dazu. Weit verbreitete Ressentiments gegen autoritäre politische Strukturen (de Gaulle in Frankreich) wurden hier durch den Schatten des ‚Dritten Reichs‘ verschärft, der Notstandsgesetze und Große Koalition besonders drohend erscheinen ließ.“ Jarausch: Deutsche Studenten, S. 226f.

mus“ bzw. in einer postkolonialen Solidaritätsbewegung⁹⁶⁴ – bzw. in einer „transnational imaginierte[n] Revolution“⁹⁶⁵ – plausibel,⁹⁶⁶ und verlieh den jeweiligen nationalen Konfliktthemen den Charakter stellvertretender Auseinandersetzungen.⁹⁶⁷ In den USA lag der Schwerpunkt der Auseinandersetzung beispielsweise in den Jahren 1963 bis 1966, beginnend mit dem Mord an US-Präsident John F. Kennedy, setzte sich aber u. a. über die Bürgerrechtsbewegung bis Ende der 1960er Jahre fort,⁹⁶⁸ in Frankreich entzündete sich die Wut der „Nouvelle Gauche“ im Mai 1968 an der unnachgiebigen Linie des Präsidenten und Generals Charles de Gaulle⁹⁶⁹ und in Griechenland und Spanien richtete sich der juvenile Unmut gegen die damaligen Militärdiktaturen,⁹⁷⁰ während im langjährig sozialdemokratisch regierten Schweden die Jugendrevolte stärker einer verbalradikal politisierten „Lebensstilrevolution“ inklusive gewalttätiger Eskalationsspirale nach deutschem Muster ähnelte, dabei allerdings quittiert mit deutlich empathischeren Reintegrationsofferten in Richtung der aufgebrachten Jugend.⁹⁷¹ Insbesondere von der US-amerikanischen *New Left*, der dortigen Bürgerrechtsbewegung und der ebenfalls unter dem Kürzel SDS (*Students for a Democratic Society*) firmierenden studentischen Linken bezog der deutsche SDS – inspiriert von Dutschke, jedoch vorangetrieben durch Netzwerker wie Michael Vester und theoretisch untermauert durch SDS-Mitglieder wie Ekkehart Krippendorff – Bewegungswissen und Inspirationen für das eigene gegenkulturelle Aktionsrepertoire (Stichwort: *sit-ins* und *teach-ins*), zudem zusätzliche Legitimation für die Selbstverortung im globalen antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf.⁹⁷² Viele der politischen Impulse von „1968“ wie etwa die Gegnerschaft gegen die Beteiligung der USA im Vietnamkrieg, innervierten zeitgleich in verschiedenen Ländern die oppositionelle Grundhaltung und bestimmten das politische Empfinden. Man fühlte sich vernetzt mit den „Freiheitskämpfen“ gegen den „neoimperialistischen“ Westen, die man in den Kriegen in Algerien, Kuba, Kongo, Iran, Vietnam, später auch in palästinensischen Paramilitärs sah, projizierte auf diese Auseinandersetzungen die

964 Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 120-124.

965 Etzemüller: *Ein Riss in der Geschichte?*, S. 159.

966 „Die Dritte Welt mit den dort ausgefochtenen Dekolonisationskonflikten und Stellvertreterkriegen galt seit den frühen sechziger Jahren für immer mehr sich links orientierende Studenten in den westlichen Ländern als Schauplatz anhaltender Ausbeutung und gewaltsamer Unterdrückung durch die kapitalistischen Staaten.“ Michels: *Schahbesuch 1967*, S. 89.

967 Vgl. Klimke: *The Other Alliance*, S. 5.

968 Vgl. Kraushaar: 1968. *Das Jahr, das alles verändert hat*, S. 124.

969 Vgl. *ibid.*, S. 125-139, außerdem Gilcher-Holtey, Ingrid: „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a.M. 1995, S. 232-258.

970 Vgl. Klimke: *The Other Alliance*, S. 5.

971 Vgl. Etzemüller: *Ein Riss in der Geschichte?*, S. 13, 111-129, 145-158 und 218f.

972 Vgl. Schmidtke, Michael A.: *Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS) 1960-1970*, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. *Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17*, Göttingen 1998, S. 188-206, insbesondere S. 193-196 und 205f. sowie Klimke: *The Other Alliance*, S. 10-39 und 86-100. Klimke streicht *ibid.*, S. 115, zur Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für den SDS heraus: „The fate of revolutionary change was inextricably tied to the progress of the African American movement, which served as a guide, source of inspiration, and partner for the student movement.“

eigenen Hoffnungen auf fundamentalen gesellschaftlichen Wandel.⁹⁷³ Diese Impulse, bisweilen einem „undurchschaute[n] Kult um den Internationalismus“⁹⁷⁴ aufsitzend, konnten auch zum plötzlichen und politisch verhängnisvollen Bruch mit bisherigen Verbündeten führen. Als eines der vielen möglichen Beispiele mag hier die Solidarisierungswelle mit der so genannten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) nach dem Sechstagekrieg 1967 dienen, in welchem Israel sich erfolgreich gegen den Angriff der arabischen Staaten Ägypten, Jordanien und Syrien zur Wehr setzte und dabei mehrere Gebiete, u. a. den Gaza-Streifen, die Golanhöhen und das Westjordanland, okkupierte. Während es bis 1967 eine proisraelische „einheitliche Linie“ der westdeutschen und US-amerikanischen Linken gegeben hatte, spalteten sich nun hier wie dort die Fronten zwischen prozionistischen (meist älteren) und antizionistischen (meist jüngeren) Gruppen, da letztere den palästinensischen „Befreiungskampf“ als Teil „antiimperialistischen“ Widerstands wahrnahmen.⁹⁷⁵ Solidaritätsbewegungen entstanden weltweit, motiviert und vorangetrieben durch die PLO und den postkolonialen Internationalismus.⁹⁷⁶ Manche APO-Kreise pflegten gute Kontakte etwa mit der palästinensischen Partei Fatah, die bereits seit 1964 die Vernichtung Israels zum Ziel hat.⁹⁷⁷ In diesem Zusammenhang ist auffällig, dass zumindest die rabiat antiwestlichen Teile der Studentenbewegung Türen in Richtung antisemitischer Vernichtungsphantasien öffneten, wie der – gescheiterte – Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin am 09. November 1969 verrät, zu dem sich die linksterroristische Gruppe „Tupamaros West-Berlin“, gegründet von Dutschkes Weggefährten Dieter Kunzelmann – der im selben Jahr eine militärische Kurzausbildung in einem Fatah-Trainingslager erhielt⁹⁷⁸ –, bekannte.⁹⁷⁹ Als anderes eindrucksvolles Beispiel des Internationalismuskultes mag auch der von Martin Klimke rekonstruierte Kontakt zwischen deutschen SDS-Aktivist*innen und der US-amerikanischen antiimperialistischen *Black Panther Party* dienen, welche ähnlich wie die deutsche antiimperialistische Linke über die Frage militanter Praxis zerbrochen war.⁹⁸⁰ In Westdeutschland gründeten sich nach der Ermordung von Martin Luther King am 04. April 1968 *Black Panther*-Solidaritätskomitees, darüber hinaus or-

973 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 121f.

974 Kraushaar: 1968. *Das Jahr, das alles verändert hat*, S. 321.

975 Vgl. Ben Prestel, Joseph: Palästina-Solidarität. Bruchstelle einer globalen Linken, in: *Merkur*. Ge- gründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, 73. Jg., H. 839/2019, S. 61–67, hier S. 61.

976 Vgl. *ibid.* In den USA erfüllte darüber hinaus das Milieu um die Black Panther Party, das die „Palästina-Solidarität als Teil afroamerikanischer Politik in den 1960er und 1970er Jahren“ aufuss- te, eine wichtige Scharnierfunktion. *Ibid.*, S. 62f.

977 Vgl. Introduction to the Fateh Constitution. The Essential Principles of the Constitution, in: Ariel Center for Policy Research, online einsehbar unter: <http://www.acpr.org.il/resources/fatehconsti- tution.html> [eingesehen am 01.08.2019]

978 Vgl. Koenen: *Das rote Jahrzehnt*, S. 176f.

979 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005.

980 Vgl. Klimke: *The Other Alliance*, S. 126. Einige Black Panthers optierten in den frühen 1970er Jah- ren unter Berufung auf eine voluntaristisch gestimmte eklektizistische Theorie-Mixtur aus Che Guevara, Georg Lukács, Herbert Marcuse und Frantz Fanon für den bewaffneten Kampf gegen ge- sellschaftlich bedingte ökonomische und rassistische Unterdrückung, während andere ihre Pra- xisperspektiven in sozialen Projekten und Stadtteilarbeit erblickten. Vgl. *ibid.*, S. 108–142.

ganisierten insbesondere Frankfurter Studierende Solidaritätsdemonstrationen.⁹⁸¹ Die kaum verhohlene Instrumentalisierung der US-amerikanischen innen- und außenpolitischen Konflikte für die Auseinandersetzungen des deutschen SDS, erkennbar etwa in der Vermengung mit der bundesrepublikanischen NS-Vergangenheit⁹⁸² und einer vermeintlich drohenden Faszisierung hier wie dort⁹⁸³, erreichte in der Zeitschrift *Agit 833* ihren Höhepunkt: Die Mai-Ausgabe warb, illustriert mit dem Logo des schwarzen Panthers, für eine Demonstration gegen eine US-Militärparade („U.S.A. SA = SS“, „Amis raus aus Westberlin“), und die Juni-Ausgabe veröffentlichte, ebenfalls garniert mit schwarzem Panther, das Gründungsmanifest der RAF, „Die Rote Armee aufbauen!“⁹⁸⁴ Offenbar verhalten die Auseinandersetzungen um Bürgerrechtsbewegung, ethnische Diskriminierung und die Frage antistaatlicher „Gegengewalt“ im transatlantischen Transfer dem deutschen Studentenprotest zu neuer Entschlossenheit, und nicht zuletzt auch dem genannten Nukleus antiimperialistischer Terroristen zu legitimatorischem Material.⁹⁸⁵

Eine entscheidende, ebenfalls international eingebettete, Voraussetzung für die öffentliche Präsenz der „68er“ wie für die Reichweite ihrer Parolen, Symbole, Provokationen und Aktionen war technologischer Natur: die Ausbreitung der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens und des Bildjournalismus.⁹⁸⁶ Die APO konnte sich auf eine Vietnam-Kriegsberichterstattung stützen, die sich den deutschen Bürgerinnen und Bürgern visuell eingebrannt hatte. Und sie nutzte selbst die Kanäle von TV, Zeitung und Fernsehen, um sich öffentlich Geltung zu verschaffen und die Bevölkerung zu polarisieren.⁹⁸⁷ Die Studentenbewegung erzeugte politkulturell persistente *Bilder und visuelle Codes*: „1968 wirkt im Vergleich zu früheren Protestbewegungen in Deutschland sehr viel stärker über sein visuelles und performatives Repertoire als über die konkreten Inhalte, Motive und politischen Verlautbarungen derjenigen, die opponierten.“⁹⁸⁸ „1968“ trug somit zu einem nicht geringen Teil zur Revolutionierung der „Wahrnehmung“ gesellschaftlicher Zusammenhänge insgesamt bei.⁹⁸⁹ Im virtuellen Museum der politischen

981 Vgl. *ibid.*, S. 116–122.

982 Vgl. *ibid.*, S. 129.

983 Schon 1968 und 1969 verglichen die SDS-Aktivistinnen Ekkehart Krippendorff und Karl Dietrich Wolff das Handeln der USA während des Vietnamkriegs mit dem europäischen Faschismus der 1930er und 1940er Jahre: „Drawing upon the German past and upon a Marxist analysis, Krippendorff interpreted the actions of the U. S. government as a gradually evolving, globally operating fascism that made cooperation between the German and American movements an existential necessity [...]“, *ibid.*, S. 92. Wolff, der auf Einladung des amerikanischen SDS die USA bereiste, wurde dort vor das Komitee für unamerikanische Umtriebe geladen, beschimpfte den anwesenden Senator als „criminal bandit“ und wurde schließlich des Landes verwiesen. „Wolff purposely extended the reference to fascism to include the American system, indicating the close similarities between the German past and current U. S. politics in the German New Left's interpretation of global power relations.“ *Ibid.*, S. 105.

984 Zit. nach *ibid.*, S. 125 und 128.

985 Vgl. *ibid.*, S. 142f.

986 Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 129.

987 Vgl. *ibid.*, S. 106f.

988 *Ibid.*, S. 105.

989 Gassert, Philipp: „1968“ als Wahrnehmungsrevolution. Eine kluge These, die umfassender untersucht werden müsste, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): „1968 – eine Wahrnehmungsrevolution?“

Kultur (West-)Deutschlands sind „1968“ und dazugehörige Bilderwelt heute unerlässliches Exponat:

„Dynamisch, im Rhythmus lauter Rufe voranstrebender Ketten von Protestlern, Ho Chi Min-Plakate und -Gebrüll, gewalttätige Konfrontationen mit Ordnungshütern und Wasserwerfern, daneben viele kleinere Protestinszenierungen wie *Sit-Ins*, *Teach-Ins* und ‚gezielte Regelverletzungen‘, ostentativ zur Schau gestellter Nonkonformismus in Hörsälen und vor Gerichten, Vollversammlungen mit bekannten Rednern am Podium, Diskussionen in verrauchten Seminarräumen und Wohnzimmern, neue Lebensformen wie Kommunen und Kinderläden, nackte Körper als Chiffren der ‚sexuellen Befreiung‘. Diese Bilder sind durch Filmdokumentationen, großformatige Bildbände und Ausstellungen im kulturellen Gedächtnis der Deutschen fest verankert und kanonisiert.“⁹⁹⁰

Diese tragende Bedeutung medialer Repräsentationstechnologie macht sich auch in der neuartigen c) subkulturellen Dynamik der Studentenbewegung im gesamtgesellschaftlichen Mentalitätswandel geltend. Denn vieles, was damals als Partizipation einfordernde und gegenkulturelle Politisierung aufgefasst wurde und heute noch wird, erscheint bei genauerem Hinsehen als subkulturelle Lebensstilrevolte in einer neuen US-geprägten Konsumgesellschaft.⁹⁹¹ Die 1960er Jahre waren auch der Auftakt jener „neuen Jugendkultur in den urbanen Gesellschaften“, die, getragen durch „Blue jeans und Rockmusik [...] zur Markenzeichen der ‚modernen‘ Jugend“ wurden – „der Minoritäten, die sich zu Majoritäten wandeln sollten.“⁹⁹² Von der älteren Generation tatsächlich als rebellisch empfunden, trug diese mittelschichtsübergreifende Jugendkultur für europäische Ohren ungewohnte karibische, lateinamerikanische und afrikanische Rhythmen⁹⁹³ in die Platten- und Kassettenspieler; sozialintegrative Tanzstile wie der Twist⁹⁹⁴, Pop- und Rockmusik, lange Haare, lässige Kleidung und sexuelle Liberalität waren die Mittel des konsumgetragenen, zugleich die „kulturelle Hegemonie der USA“ symbolisierenden, Bruchs mit Konventionen,⁹⁹⁵ der über „transnationale Umwege“ zwischen 1961 und 1965 auch Deutschland erreichte:

„Pop wurde zur ersten funktionierenden Universalsprache und über kommerzialisierbare Musik setzte eine nie dagewesene globale Kommunikation über Zeichen ein. [...] Die Massenmedien – allen voran das Fernsehen, Radio, Illustrierte, Tageszeitungen, aber auch die seriell und massenhaft reproduzierten Tonträger selbst – standen im

Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970 Jahren. Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 16. München 2013, S. 123-134.

990 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 105 (Herv. i. O.). Vgl. auch Hodenberg: *Das andere Achtundsechzig*, S. 11.

991 Vgl. Grazia, Victoria de: *Irresistible Empire. America's Advance through Twentieth-Century Europe*, Cambridge 2006.

992 Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme*, S. 410.

993 Mrozek, Bodo: *Jugend – Pop – Kultur. Eine transnationale Geschichte*, Berlin 2019, S. 443-454.

994 *Ibid.*, S. 441.

995 Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme*, S. 410f.

Dienste einer Multiplikation und Ausbreitung jener Ereignisse, in denen ‚counterculture‘ sich äußerte.“⁹⁹⁶

Auf diese Universalsprache konnte die Studentenbewegung aufsatteln. Sie konnte sich angesichts der *counterculture*, dem Sehnsuchtsort Kalifornien, im Recht fühlen mit ihren „kalkulierten Regelverletzungen“⁹⁹⁷, ihrem Angriff auf als verkrustet empfundene gesellschaftliche Hierarchien, wie sie sie in verantwortlichen Autoritäten, in traditionellen Höflichkeits- und Sittlichkeitsregeln und in rigider Sexualmoral verkörpert sahen:

„Autorität, Ordnung, Gehorsam, Pflicht, Leistung, Zuverlässigkeit, Sauberkeit sowie Ethik und Moral insgesamt – der gesamte Kanon an sozialen Werten wurde auf den Prüfstand gestellt. Und das neue Schlüsselwort lautete ‚Emanzipation‘.“⁹⁹⁸

Damit trafen sie trotz allmählicher Liberalisierungstendenzen – auch eines sukzessive freizügiger werdenden Geschlechterverhältnisses – durchaus den Nerv vieler provoziert reagierender „konservativer Werteverfechter“⁹⁹⁹, die einen durch den *American Way of Life* getriebenen Kulturverfall witterten. Auch die Protestformen der *go-ins*, *sit-ins* und *teach-ins* waren der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung entlehnt, insofern vorexerzierte und vorlegitimierte Praktiken. Schließlich gingen die „systemkritischen“ Parolen der APO auf Demonstrationen und Veranstaltungen Hand in Hand mit Pop- und Rockmusik – eine völlig neue Verbindung von „Genuss und Politik“ unter dem nun *lifestyle*-durchsetzten Motto der „Demokratisierung“ – darin liegt die kollektivierende und beflügelnde Einbettung „in eine Lebensstilrevolution“. ¹⁰⁰⁰ Ironischerweise zementierte gerade diese neue Form ästhetisierter Rebellion die neuen Wahrnehmungsformen und Kommunikationswege einer amerikanisierten Konsumgesellschaft, die über die bisweilen antiamerikanischen Tiraden des SDS angegriffen wurde.¹⁰⁰¹ Kurzum: Es entstand eine neue studentische Subkultur. Damit erfüllte die Studentenbewegung für einen großen Teil der Studierenden Funktionen, die der diskreditierte und auch offensiv bekämpfte Korporatismus vakant gelassen hatte, war somit in gewisser Hinsicht ein Surrogat für den verbliebenen Studentenstolz des früheren Verbindungswesens, stiftete neue Identität:

„Einmal etabliert, bot die Studentenrevolte als Bewegung eine Gegenrolle zum Brotstudium, eine neue Gruppenidentität und eine andere Wertskala, so daß sie sich sozusagen selber fortsetzte. Obwohl sie den traditionellen Korporatismus radikal ablehnte, füllte die Studentenbewegung doch ähnliche gesellschaftliche Bedürfnisse mit ihrer Sondersprache, ihren Initiationsriten (Demos) und ihrer Gegengeselligkeit (Beatmusik).“¹⁰⁰² Obwohl nur wenige Studenten in ideologischen Wohngemeinschaft-

996 Tanner, Jakob: „The Times They Are A-Changin“. Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegungen, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 207–223, hier S. 211.

997 Vgl. Jarausch: Deutsche Studenten, S. 232.

998 Kraushaar: 1968. 100 Seiten, S. 25f.

999 Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, S. 353

1000 Gassert: Bewege Gesellschaft, S. 130.

1001 Vgl. Klimke: The Other Alliance, S. 6f.

1002 Jarausch: Deutsche Studenten, S. 235.

ten hausten, übte die sich dort herausbildende Gegenkultur einen starken Einfluß auf den Lebensstil der anderen Kommilitonen aus, die sich ähnlich salopp kleideten und oft auch rebellisch gebärdeten. [...] In der Erfindung neuer Lebensformen entwickelte die Studentenbewegung eine eindrucksvolle Schöpferkraft.“¹⁰⁰³

In der Folge gelang es den „68ern“ in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, ein „nonkonformistisches Meinungsklima“ zu etablieren und einen „Bedeutungswandel des kritischen Linksintellektuellen vom gesellschaftlichen Außenseiter zur Symbolfigur des Akademikers“ zu leisten – „ein wichtiger Einschnitt in der Entwicklung des tertiären Bildungssektors“¹⁰⁰⁴ und eine „umfassende gesellschaftliche Irritationserfahrung“.¹⁰⁰⁵ Lobt man die Studentenbewegung der 1960er Jahre heute für die von ihnen forcierte „Kulturrevolution“, ist dieser „Sturm auf die Institutionen“ gemeint, „auf Universitäten und Schulen, auf Gerichte und Parlamente, auf Verlage und Redaktionen. Kaum eine der nach ihrer Legitimität befragten Einrichtungen ist von dieser Offensive unangetastet geblieben.“¹⁰⁰⁶ Es ist wichtig, in einer Zeit, in der die Ästhetisierung des Rebellischen zum kulturindustriell omnipräsenten Kitsch heruntergekommen ist, sich an Empathie für dieses einst gesamtgesellschaftlich einschneidende Phänomen zu versuchen, auch weil das wohl als größter langfristiger Effekt von „1968“ in der Bundesrepublik anzusehen ist. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien verlagerten sich infolgedessen stärker von materiellen bzw. sozialen auf kulturelle Arenen.¹⁰⁰⁷ Entscheidend ist aber auch hier die Feststellung, dass wesentliche Liberalisierungsprozesse bereits früher eingesetzt hatten. „1968“ *beschleunigte* einen bereits in vollem Gang befindlichen soziomentalen „Wertewandel“ in der deutschen Gesellschaft, aber *initiierte ihn nicht*.¹⁰⁰⁸ Insofern wäre es selbstverständlich eine schwere Verzerrung, die gesamtgesellschaftlichen Veränderungsschübe um „1968“ allein auf „eine kleine studentische Elite in den Hochburgen der Protestbewegung, die damals nicht mehr als ein paar tausend zählte“¹⁰⁰⁹, zurückzuführen.

Allerdings: Mitunter scheint der subkulturelle Aspekt der Studentenbewegung überschätzt, ja die studentischen Aktivisten mit der sie umgebenden Jugendrevolte schlechterdings in eins gesetzt zu werden. So merkt der Historiker Philipp Gassert an, dass es sich bei den „68ern“ um eine weitgehend *veranstaltete*, d. h. primär metaphorisch zu verstehende, Rebellion gehandelt habe.¹⁰¹⁰ Tatsächlich kann er dafür plausible Beispiele anführen. Die pathetische Parole der „sexuellen Befreiung“ etwa verdeckte erstens, dass der Zug zur sexuellen Liberalisierung bereits die gesamte Gesellschaft

1003 Ibid., S. 238.

1004 Krause et al: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 15.

1005 Kraushaar: 1968. 100 Seiten, S. 25f.

1006 Ibid.

1007 Ibid., S. 106f.

1008 Vgl. Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, S. 351.

1009 Hodenberg: Das andere Achtundsechzig, S. 11.

1010 „Was konservative Kritiker damals wie heute nicht verstanden und verstehen: Die Rebellion von 1968 war ein Stück weit inszenierter, wie Joachim Fest in seinem Jahresrückblick 1968 deutlich machte.“ Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 111; ähnlich Hodenberg: Das andere Achtundsechzig, S. 9f. und 185f.

ergriffen hatte,¹⁰¹¹ zweitens aber auch, dass es dem größten Teil der politisierten Studierenden zuvörderst um eine Enttabuisierung des Themas „Sexualität“ und um eine freiere Gestaltung der eigenen – zumeist weiterhin monogamen – Partnerwahl bei bemerkenswert intakten klassischen Geschlechterrollen hinsichtlich Lebensplanung und Ehe sowie bei zunehmend durch die sich formierende Frauenbewegung¹⁰¹² angeprangerten Macho-Strukturen, welche die Frage geschlechtlicher Gleichstellung angesichts der primären „Klassenfrage“ tendenziell zum „Nebenwiderspruch“¹⁰¹³ depotenzierte, bis in die Reihen des SDS hinein – berühmt hier die in der *konkret* abgedruckten Rede Helke Sanders auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS am 13. September 1968 –¹⁰¹⁴ gegangen war, nicht um ungezügelter Libertinage im Stile der „Kommune I“.¹⁰¹⁵ „Im Kern“, so Gassert weiter, hätten sich die „68er“ weitgehend „konform zur neuen Gesellschaft“ verhalten, obwohl das weder ihrem Selbstbild noch der Fremdwahrnehmung von außen entsprach, noch den daraus später erwachsenen Mythen.¹⁰¹⁶ Aber: Was als versöhnliche Ehrenrettung dieser Bewegung gegen alarmistische konservative Kritiker damals und heute gemeint ist, wirkt angesichts der Suche nach und dem theoretisch-intellektuellen Bemühen um eine linke Politik jenseits der kompromissorientierten parlamentarischen Bahnen, auch angesichts der institutionell entbundenen „regierungs- und staatskritischen Haltung“¹⁰¹⁷ in den linken Jugendorganisationen inklusive des SDS, schließlich angesichts des authentisch nachzulesenden ohnmächtig-aktionistischen Zorns der Jahre nach 1967 doch seltsam entmündigend, verniedlichend, ja „vergemütlichend“.¹⁰¹⁸

d) *Distanz zu klassischen sozialen Bewegungen*: Ein Grund für die heute zu beobachtende Neigung, die Protestimpulse der APO durch gönnerhafte Einordnungen zu relativieren und auf ihre inszenatorisch-subkulturellen Aspekte zu reduzieren, liegt sicherlich im Scheitern an der Bildung einer schichten- und milieübergreifenden sozialen Bewegung im klassischen Sinne: „Die soziale Ironie der Studentenbewegung war, daß sie nicht zur Erneuerung der Gesellschaft, sondern zur Formierung einer oppositionellen Subkultur führte.“¹⁰¹⁹ Das fällt insbesondere im kontrastiven Vergleich mit der französischen (aber auch der italienischen) „68er“-Bewegung auf. Dort sprang der oppositionelle Funke der „Nouvelle Gauche“ trotz analogen politisch-organisatorisch-strategischen

1011 „Achtundsechzig markiert [...] keine Zäsur in der Geschichte der Sexualität.“ Es „schlug sich ein sprengtes Grüppchen von Achtundsechzigern seitwärts nach links in die Büsche, wo es sich einige periphere Scharmützel mit einem kleinen, schon länger besiegten Flügel betagter Sexualkonservativer lieferte.“ Hodenberg: *Das andere Achtundsechzig*, S. 186.

1012 Vgl. Etzemüller: *Ein Riss in der Geschichte?*, S. 183-187.

1013 Ibid., S. 177.

1014 Vgl. Hodenberg: *Das andere Achtundsechzig*, S. 103-150, zur Rede Sanders S. 114f. und Etzemüller: *Ein Riss in der Geschichte?*, S. 176-

1015 Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 113. „Weil dieser kleine Flügel die Bindung von Sex an Treue, romantische Liebe und Ehe aufzulösen suchte, wurde er von der Eltern- und Großelterngeneration wie auch von der großen Mehrheit der Jugend und vielen Frauen abgelehnt.“ Hodenberg: *Das andere Achtundsechzig*, S. 185.

1016 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 111.

1017 Lorenz/Walter: 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, S. 349.

1018 Eßbach: *Aufstand der Werte?*, S. 4.

1019 Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 238.

Aporien¹⁰²⁰ und trotz der vergleichbaren Geburt der Studentenbewegung aus „winzige[n] Dissidentenzirkel[n]“¹⁰²¹ im Mai 1968 auf die Arbeiterschaft über; es kam, beginnend bei Arbeitsniederlegungen in den Flugzeugwerken Sud-Aviation in Bougenais bei Nantes am 14. Mai 1968,¹⁰²² zu einem ganz Frankreich erschütternden Generalstreik: „Nur in Frankreich mündete der Studentenprotest in einen Arbeitskampf, der das ganze Land in eine soziale Krise stürzte“¹⁰²³ – wenn auch natürlich mitbedingt durch bereits im Vorfeld virulente Verteilungskonflikte. Natürlich hatten die Protagonisten des SDS diese Entwicklungen genau beobachtet und in ihre Theoriedebatten einmünden lassen. Doch während man hier, salopp gesprochen, nach dem revolutionären Subjekt suchte, das man im Proletariat nicht mehr zu haben glaubte, vollzog sich im gaullistischen Frankreich die soziale Mobilisierung. Jenseits des temporären Brückenschlags in Richtung Gewerkschaften in Gestalt der Allianz gegen die Notstandsgesetzgebung gab es dafür hierzulande keine tragfähigen Ansätze. Es ist daher oft festgestellt worden, dass es zum Zeitpunkt der deutschen Studentenbewegung kein vergleichbares Bewegungspotenzial in nichtstudentischen Gruppen gegeben hat,¹⁰²⁴ keine breiteren Bündnisperspektiven in Richtung der arbeitenden Bevölkerung. SDS und Studentenbewegung blieben eine primär jungakademische Linke,¹⁰²⁵ genossen daher auch in ganz treffender Weise die Unterstützung des deutschen Bildungsbürgertums.¹⁰²⁶

Auch deswegen ist so etwas wie eine tatsächliche soziale Revolution aus der Initiative der deutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre heraus undenkbar. Aber nicht nur deswegen: Das sozialrevolutionäre Selbstmissverständnis der Studentenbewegung wird durch die eigenartige privilegierte Lebenssituation der deutschen „68er“ unterstrichen. Rein materiell betrachtet gehörte man zum aufstiegsorientierten Mittelschichtsnachwuchs in einer wirtschaftlichen Wachstumsperiode ohne „echten“ Klassenfeind: „Die 68er bilden eine besonders privilegierte Geburtskohorte. Sie können die in großer Zahl frei werdenden Stellen am Arbeitsmarkt füllen und in der boomenden Wirtschaft der 60er Jahre, in denen günstigere Aufstiegsbedingungen herrschen als zu irgendeinem späteren Zeitpunkt in der Bundesrepublik[,] private und berufliche Selbstverwirklichung betreiben.“¹⁰²⁷ Man sah sich „durchweg ausgezeichneten Berufs- und

1020 Gilcher-Holtey, Ingrid: „Mai 68 in Frankreich“, in: Dies. (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt a.M. 2008, S. 15–45, hier S. 21f.

1021 Eßbach: Aufstand der Werte?, S. 16. In Frankreich handelte es sich dabei vor allem um Altkommunisten sowie um postmarxistische, existenzialistische und situationistische Philosophen, vgl. Gilcher-Holtey: „Die Phantasie an die Macht“, S. 47–81.

1022 Vgl. Hilcher-Holtey: „Die Phantasie an die Macht“, S. 270.

1023 Ibid., S. 271.

1024 Vgl. Allerbeck: Eine strukturelle Erklärung von Studentenbewegungen, S. 491.

1025 Krause et al.: Zwischen Revolution und Resignation?, S. 23.

1026 „Was als elitäre Verzerrung einer ‚Bewegung von unten‘ erscheinen kann, beleuchtet doch auch einen Aspekt, der bislang stark unterschätzt wurde: die breite und intensive Unterstützung, die die ‚1968er‘ von Anfang an aus der bürgerlichen Kultur erfuhren, und zwar nicht nur, wie zu erwarten, aus dem Kreis der Linksintellektuellen und des politischen Nonkonformismus, sondern, jedenfalls was die Kunstszene betrifft, auch aus dem Establishment, das nunmehr den Festivaleffekt der ‚Kulturrevolution‘ entdeckte.“ Söllner: „1968“ – eine Nachlese, S. 58.

1027 Vgl. Bebnowski, David: Generation und Geltung: Von den ‚45ern‘ zur ‚Generation Praktikum‘ – übersehene und etablierte Generationen im Vergleich, Bielefeld 2012, S. 80. Vgl. auch Schildt, Axel: Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die sechziger Jahre in der

Aufstiegsaussichten und gesicherten Einkommensverhältnissen“ gegenüber.¹⁰²⁸ 1970, in der Phase des Lehrermangels, waren dann ganze zwei Drittel der erwerbstätigen Akademiker im relativ sicheren öffentlichen Dienst beschäftigt.¹⁰²⁹ Anders etwa als der studentische Nationalliberalismus zu Vormärzzeiten, der in seinem Aufstiegsstreben durchaus eine emanzipative soziale Trägergruppe bildete, die sich aus einer politischen und statusbezogenen subalternen Position befreien wollte, durchaus auch wiederholt an massenhafter akademischer Arbeitslosigkeit litt: Der von ihnen verfochtene Leistungs- und Bildungsgedanke war ein Mittel in diesem Klassenkampf gegen eine ständische Herrschafts- und Elitenschicht, wie bürgerlich-borniert ihr Emanzipationsbegriff dabei auch immer gewesen sein mag.¹⁰³⁰ Paradoxerweise bewirkte jedoch gerade die Erfahrung gesellschaftlicher Liberalisierung und ansteigenden Wohlstands durch die sozialen Angleichungstendenzen der 1960er Jahre eine „studentische Deklassierungserfahrung“, eine im Vergleich zu den Jahrzehnten vor der Bildungsexpansion rückblickend zu beobachtende „bürgerlich-studentische Unbehaustheit“ an der heraufdämmernden Massenuniversität.¹⁰³¹ Die 1960er Jahre waren für die weitgehend mit traditionellen Bildungsansprüchen sich immatrikulierenden Studenten schlicht moralisch-kulturell entsichert und daher verstörend. Dennoch: Eine soziale Bewegung in diesem klassischen Sinne war die Studentenbewegung von „1968“ tatsächlich nicht:

„Alle Beobachter der Studentenrevolte der zweiten Hälfte der sechziger Jahre treffen sich in der Feststellung, daß die Akteure dieser jugendlich-intellektuellen Opposition sich überwiegend aus dem Kleinbürgertum bzw. aus den Mittelschichten rekrutierten. Die Außerparlamentarische Opposition dieser Jahre blieb eine reine Intellektuellen-Bewegung mit dominant sozialistischem Bewußtsein.“¹⁰³²

Aus diesem Grund kann auch die oft süffisant angemerkte Reintegration der „Systemopposition“ in die Institutionen der bundesrepublikanischen Demokratie, ihr Einmünden in die an finanziellem, kulturellen und Bildungsressourcen reichen postindustriellen „neuen Eliten“ bzw. „soziokulturell Berufstätigen“¹⁰³³ mit ihrer damaligen Symbolfigur Brandt nicht überraschen. Hierauf beruht sicher manches (insofern berechtigtes) Belächeln, allerdings auch viel wohlfeiles „68er“-*bashing*, das den studentischen Aktivismus auf einen Ausfluss apolitisch-postadoleszenten Aufmerksamkeitsbedürfnisses unverdient privilegierter und in einem bloß „transitorischen Status“ befindlicher Scheinrebellenden reduziert, die erst noch die entscheidenden Sprossen zur Reife politischer Verantwortungsübernahme zu erklimmen hätten.¹⁰³⁴

Bundesrepublik, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 21–53.

1028 Kaase, Max: Die politische Mobilisierung von Studenten in der BRD, in: Allerbeck, Klaus R./Ders.: Aufstand der Jugend? Neue Aspekte der Jugendsoziologie, München 1971, S. 155–177, hier S. 164.

1029 Vgl. Titze: Wie wächst das Bildungssystem?, S. 116f.

1030 Vgl. Wehler: Deutsches Bildungsbürgertum in vergleichender Perspektive, S. 219 und 221.

1031 Kießling: Die antiautoritäre Revolte der 68er, S. 163 und 165.

1032 Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 223f.

1033 Nickel, Carsten: Rückbau der Gesellschaft, in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, H. 839/2019, S. 27–36, hier S. 27.

1034 So klassisch bei Knoll, Joachim H.: Kritik und Verantwortung, in: Schoeps, Hans Julius/Dannemann, Christopher: Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken

Geht man allerdings noch einen Schritt über diese sozialgeschichtliche Entzauberung einer Bewegung hinaus, so stellt sich doch in der Tat die Frage, ob SDS und APO überhaupt „linke“, gar „linksradikale“ politische Phänomene gewesen sind – zumindest gemessen an einem der wenigen analytischen Begriffsbestimmungsversuche des Abendroth-Schülers Hans Manfred Bock, der die am Rande der Arbeiterbewegung auftretende rätekommunistische Bewegung in Weimar als „linksradikale Bewegung par excellence“¹⁰³⁵ identifizierte. Zunächst: Die studentischen Aktivisten laborierten sichtlich an der Isolierung vom empirisch noch vorhandenen Proletariat. Die Frage, wie man überhaupt ohne echte sozialrevolutionäre Perspektive den Anspruch einer gebildeten sozialistischen Avantgarde hat erheben können, führte schließlich zu den abenteuerlichsten rhetorischen Verrenkungen. Man flüchtete sich in die Vorstellung eines „substitutionalistischen“ Auftrags der Intellektuellen im Sinne der „Rekonstruktion der sozialistischen Bewegung“ bei historisch abwesendem revolutionärem Subjekt, verstand sich im Rahmen bemühter Konstruktionen als Statthalter der „objektiven“ Interessen der arbeitenden Klassen und damit, nach alter revolutionstheoretischer Manier, der Gesellschaft insgesamt.¹⁰³⁶

„In der sozialen Isolierung der antiautoritären Bewegung der Jahre 1966 bis 1969 von der Arbeiterschaft und in ihrem ‚Substitutionalismus‘, in dem man teilweise eine Rechtfertigungsideologie dieser faktischen Isolierung erblicken kann, liegt der wesentliche Unterschied zu den älteren linksradikalen Bewegungen. Aus der fehlenden Stützung der antiautoritären Studentenbewegung durch radikale Arbeiter läßt sich sowohl das vergleichsweise abrupte Ende dieser Bewegung erklären als auch die Labilität des individuellen Engagements der Antiautoritären. Ihr ‚Substitutionalismus‘ schloß den Rekurs auf die von unmittelbarer Revolutionserwartung geprägte ökonomische Krisen-Theorie des älteren Linksradikalismus aus, während in allen anderen wesentlichen Fragen der Theorie, der Organisationspolitik und der Taktik der antiautoritären Bewegung die Diskussionsergebnisse der historischen Vorläufer teilweise rezipiert wurden.“¹⁰³⁷

Andererseits aber speiste sich die durchweg konstitutive Heterogenität der APO eben nicht nur aus der selektiven Bezugnahme auf (neo-)marxistische, sozialistische und anarchistische Theorietraditionen. Antiimperialistisches Selbstverständnis, Aktionsorientierung der Subversiven Aktion und der Einbezug situationistischen wie postkolonialen Denkens verbanden sich, besonders nach 1967, auch zu einem antiwestlichen und antimodernen, letztlich dem Geiste der postmodernen Denkbewegung sich annähernden Gemisch. Man polemisierte gegen die Konfrontation der beiden Großmächte des Kalten

Faschismus?, München und Esslingen/Neckar 1968, S. 9-17 und im selben Band: Schoeck, Helmut: Der Student als Gesellschaftskritiker, in: Schoeps, Hans Julius/Dannenmann, Christopher: Die rebellischen Studenten. Elite der Demokratie oder Vorhut eines linken Faschismus?, München und Esslingen/Neckar 1968, S. 154-160.

1035 Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a.M. 1976, S. 74.

1036 Vgl. Bock: Geschichte des ‚linken Radikalismus‘, S. 205 und 223-230.

1037 Ibid., S. 230.

Kriegs und schielte nach „dritten Wegen“, nach Gegenprojekten¹⁰³⁸ – auch wenn dabei wohl die meisten in den Vereinigten Staaten den entscheidenden Aggressor, den imperialistischen Erzfeind schlechthin¹⁰³⁹, erblickten. Man stellte sich die Frage nach der Vereinigung sozialer und „künstlerischer“ Existenz. Zeitgleich dazu wurde der Terminus *post-modernism* exakt im Jahre 1968 in Deutschland in die akademische Fachdebatte eingeführt, und zwar im Rahmen eines Vortrags von Leslie A. Fiedler.¹⁰⁴⁰

„Machtkritik, Kulturrevolution, Individualismus – in der Reflexion dieser Themen bilden sich in den 60er Jahren Figuren modernitätsskeptischer und postmoderner Denkweisen aus. ‚1968‘ ist auch eine postmoderne Revolte. [...] ‚1968‘ war eben keine Revolution wie die von 1848 oder 1919, bei denen soziale Klassen mit ihrer Geschichte und ihren Interessen beteiligt waren, sondern eine Revolte, ein Aufbegehren, das sich in vielem von der alten Welt des europäischen Emanzipationsdenkens verabschieden wollte. ‚1968‘ waren alle Motive der Kritik an der Rationalität der Moderne präsent.“¹⁰⁴¹

Dieser situationistisch-ästhetizistische Zug der Studentenbewegung war jedenfalls nicht „klassisch“ (d. h. sozialpolitisch) links. Er nahm die „modernisierungsskeptische Wende der bundesdeutschen Protestkultur“ durch die Ökologiebewegung vorweg.¹⁰⁴² Das wiederum lässt doch zweifeln, ob ein Großteil der vermeintlichen Politisierung nicht doch eine „ästhetische Revolte“ gewesen sein mag,¹⁰⁴³ die sich stets im sicheren Fahrwasser des *status quo* wusste. Solche Zweifel sind es jedenfalls, die die Einordnung von „1968“ in die Chronologie neuerer Bürgerbewegungen der Bundesrepublik motivieren, deren Funktion weitgehend darin gesehen wird, allgemeine Reformbedürftigkeit und gesellschaftliche Problemlagen provokant zu indizieren und Veränderungen der politischen Mentalitäten zu beschleunigen,¹⁰⁴⁴ nicht aber darin, selbst tragfähige

1038 „Die postmoderne Dekonstruktion des Kommunismus und die anti-westliche Politik, diese zwei Seiten internationaler Solidarität, sie wurden untergründig von der Sehnsucht nach dritten Wegen und dritten Welten gespeist, die das kurze 20. Jahrhundert von 1917 bis 1989 hervorgebracht hat. Diese Internationalisierung fand noch in den Strukturen der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges statt, und die Anstrengungen der sowjetischen Seite, den Protest zu funktionalisieren und zu unterwandern, waren beträchtlich. Aber die 60er Jahre sind trotz der Unterstützung Nordvietnams durch die Sowjetunion auch der Beginn des Zerfalls des Weltkommunismus.“ Eßbach: *Aufstand der Werte?*, S. 19.

1039 Vgl. Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 238.

1040 Vgl. Eßbach: ‚1968‘ – *Aufstand der Werte?*, S. 18. Der Titel des Vortrags lautete „Cross the Border – Close the Gap – the Case for Post-Modernism“, publiziert als Fiedler, Leslie A.: *Cross the Border – Close the Gap*, New York 1972. Er sollte für die Literatur- und Kulturwissenschaften, später insbesondere für die Gender Studies, eine geradezu kanonische Wirkung entfalten.

1041 Eßbach: *Aufstand der Werte?*, S. 17 und 18.

1042 Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 135.

1043 „Die Idee vom Leben im Modus des Ästhetischen als geglückte Kompensation eines Krisenbewusstseins stellt sich dabei als verborgene Schnittmenge zwischen politisch/sozialer und kulturell/literarischer Ebene der Protestbewegung dar, an die sich das Konzept einer Postmoderne anschließen ließ.“ Luckscheiter, Roman: *Der postmoderne Impuls. ‚1968‘ als literaturgeschichtlicher Katalysator*, in: Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.): *1968. Handbuch zur Kultur- und Medien Geschichte der Studentenbewegung*, Bonn 2007, S. 151-159, hier S. 155.

1044 Für den Fall „1968“ vgl. Lorenz/Walter: *1968. Kulminationspunkt und politische Eruption*, S. 371.

politische Lösungen zu erarbeiten und durchzusetzen.¹⁰⁴⁵ Nationalliberalismus und Arbeiterbewegung hingegen sei es um den politischen Umsturz, um die praktische Revolution gegangen.¹⁰⁴⁶ Dieser Einschätzung ist zwar in der Tat wenig entgegenzuhalten, andererseits ist dieses Auflösen der Studentenbewegung in das große Kollektiv der Bürgerproteste seit 1945 auch Instrument der historiographischen Neutralisierung, letztlich wiederum der „Vergemütlichung“, überdies nicht ganz ohne paternalistische Härte: Die originäre Frage des frühen SDS, wie radikal-egalitäre politische Impulse in den demokratischen Prozess eingegeben werden können, die nicht sogleich von einer im Zweifelsfall kompromissorientierten und akkomodativ agierenden Parteibürokratie im Namen des „sozialen Friedens“¹⁰⁴⁷ absorbiert werden, ist bis heute ungeklärt.

Im *e) Gerinnen* von „1968“ zum *mythisch-kulturellen Artefakt* lassen sich viele der aufgeführten Aspekte, insbesondere hinsichtlich der verbreiteten Tendenz zur „Vergemütlichung“, zusammenführen. Denn trotz der wahrscheinlich entscheidenderen Relevanz des Jahrzehnts vor 1967 bzw. 1968:¹⁰⁴⁸ Es gibt einen Mythos des vermeintlich gesellschaftstransformierenden „1968“ und eine identitätsstiftende politische Spielmarke „1968“. Wie ist es dazu gekommen? Die erstaunliche und erklärungsbedürftige – damals neue! – Beobachtung der 1980er Jahre lautete: „Fast jeder der damals 20- und 30jährigen will dabei gewesen sein.“¹⁰⁴⁹ Dabei war das in den frühen 1980er Jahren angesichts von Hausbesetzerzene und Alternativbewegung rückblickend entstehende Signum „68“ bzw. „68er“ pejorativ gemeint.¹⁰⁵⁰ In den Folgejahren setzte jedoch die Adaption der Studentenbewegung als „unser 68“ ein, begannen doch (in erster Linie biographisch involvierte) Publizisten, Wissenschaftler und Politiker, der APO eine wichtige Funktion für die Transformation der politischen Kultur in Richtung liberalerer, autoritätskritischerer und partizipationsorientierterer Verhältnisse zuzuerkennen. Die kurzlebige Eruption der Studentenbewegung erscheint seither als ruckartige Beschleunigung des politischen Kulturwandels in Richtung einer modernen Massengesellschaft, als Beitrag von „1968“ zur institutionellen wie politisch-kulturellen Demokratisierung der Bundesrepublik. Die Rede ist etwa von „wichtige[n] Impulse[n] für die politische und kulturelle Entwicklung der Bundesrepublik“¹⁰⁵¹, von einem „be-

1045 Vgl. Gassert: *Bewegte Gesellschaft*, S. 272-279.

1046 Vgl. *ibid.*, S. 275.

1047 Agnoli: *Die Transformation der Demokratie*, S. 25.

1048 Vgl. Spix: *Abschied vom Elfenbeinturm?*, S. 10f.

1049 Jarausch: *Deutsche Studenten*, S. 236. Im Jahre 1998 wurde für den französischen Kontext festgestellt: „1968 kann [...] als ein umfassender, singulärer Mythos bezeichnet werden, bei dem es sich um einen Gründungsmythos, wenigstens in bezug [sic] auf eine Generation, handelt. Als eine Art ‚generationelle‘ Erinnerung verschaffte das Gedenken an 1968 jenen, die damals jung waren, eine Gruppenidentität [...] Symbol einer neuen Politischen Kultur, die durch Solidarität, eine kritische und wachsame Haltung und ein neues Set kultureller Praktiken gekennzeichnet ist, übernimmt dieser Mythos des sozialen Wandels die Funktion eines verbindenden Gründungsmythos, der als Legitimationsbasis für das Handeln einer Generation dient.“ Frank, Robert: 1968 – ein Mythos? Fragen an die Vorstellung und an die Erinnerung, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 301-307, hier S. 306f.

1050 Kraushaar, Wolfgang: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, S. 312.

1051 Richter: *Die Außerparlamentarische Opposition*, S. 55.

trächtliche[n] Maß an wechselseitiger Anverwandlungsbereitschaft“ zwischen „68ern“ und Bevölkerung sowie von einer Veränderung von „Gesicht und Mentalität der Republik“¹⁰⁵², oder davon, dass „1968“ „uns [!] für die Zukunft wachsender gemacht“¹⁰⁵³ habe. Auch konservative Kritiker bestreiten das nicht, wenngleich sie zurecht darauf hinweisen, dass „keine Einigkeit über das Ausmaß der Veränderungen“ herzustellen ist, noch sich die „Auswirkungen durch die 68er“ zweifelsfrei „mit ihren Intentionen decken“,¹⁰⁵⁴ insbesondere also die Vorstellung einer klandestin strategisch durchorganisierten und dadurch politisch-konzertierten, einflussreichen „linksgrünen“ Elite verfehlt ist, die heute von weit rechts in Stellung gebracht wird. Trotzdem: Von sehr vielen wurde das Kunststück der Nationalisierung von „1968“ vollzogen, also der Einverleibung der oppositionellen Impulse in einen vermeintlich bundesrepublikanischen Wertekonsens, ja zumindest angesichts der teils beachtlichen Karrieren¹⁰⁵⁵ einiger nun geläuterter ehemaliger Rebellen und „kritischer“ Geister gewisse Plausibilität aufwies. Die Aktivisten von damals erschienen um die Jahrtausendwende als mehrheitlich arrivierte Elite, verkörpert etwa durch Joschka Fischer. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie sieht darin den Versuch, „1968“ als „Gründungsmythos“ einer liberaldemokratischen Bundesrepublik, verstanden als „glücklich gescheiterte Umgründung“¹⁰⁵⁶, in Stellung zu bringen, der auch nach 1989 zumindest im Westen Deutschlands für viele kollektiv identitätsstiftend wirkt.¹⁰⁵⁷ Gerd Koenen spricht im Untertitel seines *roten Jahrzehnts* von „unserer kleinen deutschen Kulturrevolution“.¹⁰⁵⁸ „1968“ avanciert in den 1980er Jahren zum kulturellen Artefakt, zur „nachträgliche[n] Konstruktion der Erinnerungskultur“ bzw. zur „nachträgliche[n] publizistische[n] Konstruktion“¹⁰⁵⁹, die gerade aufgrund ihrer erinnerungspolitischen Stellung gegen die „düstere[] Blutspur 1967-1977“ so „vergemütlichend“ ausfällt.¹⁰⁶⁰ In den 1970er Jahren hatte man noch den Bezug auf die Revolutionäre von 1848 gebraucht, um sich die Studentenbewegung verständlich zu machen.¹⁰⁶¹ Das erste „Jubiläum“, erkennbar an einer ersten Welle von Schriften, wurde 1977 zelebriert – nicht 1978.¹⁰⁶² Nun aber, ein Jahrzehnt danach, gewann „1968“ Gewicht als politische Spielmarke bzw. „Münze im Kampf um das

1052 Frei: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, S. 227 und 228.

1053 Vogel, Bernhard: Vorwort. 68 hat uns für die Zukunft wachsender gemacht, in: Vogel, Bernhard/Kutsch, Matthias (Hg.): 40 Jahre 1968. Alte und neue Mythen – Eine Streitschrift, Freiburg im Breisgau 2008, S. 7-8, hier S. 7.

1054 Jesse, Eckhard: 1968 – und 50 Jahre später. Eine deutsch-deutsche Bestandsaufnahme, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, H. 1/2018, S. 88-99, hier S. 94.

1055 Natürlich handelte es sich dabei auch um ein Klischee, vgl. Kraushaar: 1968. Das Jahr, das alles veränderte, S. 321.

1056 Leggewie, Claus: Der Mythos des Neuanfangs – Gründungsetappen der Bundesrepublik Deutschland: 1949 – 1968 – 1989, in: Berding, Helmut (Hg.): Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 3, Frankfurt a.M. 1996, S. 275-302, hier S. 294-296.

1057 Vgl. *ibid.*, S. 297-300.

1058 Koenen: Das rote Jahrzehnt, Buchdeckel (Herv. J. S.).

1059 Greven: Systemopposition, S. 9 und 18.

1060 Vgl. auch Michels: Schahbesuch 1967, S. 9.

1061 Vgl. Bruch: Die Universitäten in der Revolution, S. 134 sowie Bartol: Ideologie und studentischer Protest.

1062 Vgl. Kraushaar: 1968. Das Jahr, das alles veränderte, S. 312.

politische Selbstverständnis der Republik“¹⁰⁶³, die sich von gealterten Zeitgenossen, auch im parteipolitischen Umfeld, für legitimatorische und identitätsstiftende Zwecke einsetzen ließ – in positiver, selbstauszeichnender, wie in negativ-abgrenzender, die Studentenbewegung zur Vorhut traditions- und kulturzerstörender Anomie erklären-den, Absicht:

„1968‘ wurde zum Zuordnungspunkt für Ärzte, Pastoren, Unternehmer, Verwaltungsbeamte usw., die nun den Jüngeren, dann ihren Kindern offenbarten, sie waren damals irgendwie mit dabei, hatten auch protestiert. Die Mehrheit der Sozialdemokraten hatte die Verstoßung des SDS und SHB und den Radikalerlaß vergessen und memorierte nun auch Willy Brandt als einen Achtundsechziger. Auch in der CDU und CSU outeten sich plötzlich Achtundsechziger.“¹⁰⁶⁴

„Für diejenigen, die [...] etwa pauschal die 68er angreifen, als könne man von ihnen wie von einer immer noch existierenden Geburtenkohorte sprechen, ist dies zumeist nur eine Folie, eine Art Kontrastmedium, um ganz andere Positionen salonfähig zu machen.“¹⁰⁶⁵

Mit anderen Worten: Man entdeckte „1968“ als Einsatz in tagespolitischen Auseinandersetzungen. Somit gehört nicht nur die beliebte Liberalisierungs-Beschleunigungsnarration, sondern auch die Evolution zum „Bezugsgeschehen für Wertedebatten“¹⁰⁶⁶ zum mythisch-kulturellen Artefakt „1968“.

Spätestens wenn man sich vor Augen hält, dass die neue positive Besetzung des Meinungsstreits und des politischen Konflikts im gebildeten Bürgertum nach „1989“ dazu geführt hat, das aktive Einfordern partizipativer Teilhabe zu neuen Bürgertugenden des „mündigen“ bzw. „kompetenten“ Bürgers in einer aktiven „Zivilgesellschaft“ zu promovieren,¹⁰⁶⁷ ist Skepsis angebracht. Zum besseren Verständnis der Studentenbewegung 1966-1968 im engeren Sinne – nicht der gesamtgesellschaftlichen Liberalisierungsbewegung in Richtung „Antiautoritarismus, Partizipation, Utopie“, welche tatsächlich mehr durch das Experimentieren in privatem Alltagshandeln und Lebensgestaltung angetrieben wurde als durch studentische Aktivisten¹⁰⁶⁸ – ist es lohnenswert, abschließend vier Aspekte aufzuführen, die diesen folkloristisch anmutenden Artefakt-Charakter sprengen, mit anderen Worten: zu extrapolieren, warum es „unser“ 68 so nicht gegeben hat. Obwohl beinahe schon zur Plattitüde der einschlägigen Forschung geworden, ist hier *zuerst* zu wiederholen: „1968“ *beendet* eine Periode gesellschaftlicher

1063 Ibid., S. 313.

1064 Eßbach: Aufstand der Werte?, S. 4.

1065 Kraushaar: 1968. Das Jahr, das alles veränderte, S. 313.

1066 Eßbach: Aufstand der Werte?, S. 4.

1067 Vom idealen demokratischen Bürger wird etwa seit den 1990er Jahren erwartet, dass er partizipationsbereit, partizipationsfähig und zur Übernahme von Gemeinwohl-förderlichen Aufgaben bereit sei. Vgl. Münkler, Herfried: Der kompetente Bürger, in: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Baden-Baden 1997, S. 153-172, hier S. 155. Siehe außerdem Dubiel, Helmut: Ungewißheit und Politik, Frankfurt a.M. 1994, S. 67: „Mit eigentümlicher Dynamik ist im letzten Jahrzehnt der Begriff der ‚zivilen Gesellschaft‘ aus der Tiefe einer jahrtausendealten Geschichte auf die Vorderbühne eines deutungsbedürftigen Weltgeschehens getreten.“

1068 Vgl. Hodenberg. Das andere Achtundsechzig, S. 192f.

Reformen. „Die Achtundsechziger agierten als – meist blinde – Passagiere im Modernisierungsexpress.“¹⁰⁶⁹ Der Wandel der politischen Kultur war – anders als die Erfolge bei der Durchsetzung bestimmter Hochschulreformaspekte¹⁰⁷⁰ – insgesamt *nicht* primär die Leistung der Studentenbewegung.¹⁰⁷¹ Darüber hinaus ist es äußerst fraglich, ob SDS und APO eine solche Auszeichnung überhaupt als Lob empfunden hätten, denn ihr Ziel war nicht die Modernisierung der Bundesrepublik, sondern deren radikal antikapitalistische Umstülpung. Diese wiederum ist natürlich rundheraus gescheitert. „Wer dies nicht als Hauptpunkt anführt, geht am Kern vorbei.“¹⁰⁷² Die verbreitete Tendenz zur „Vergemütlichung“ der Studentenbewegung hingegen führt nicht nur zum Ausblenden ihrer antiliberalen Tendenzen. Sie legt außerdem den Fehlschluss nahe, aus bloßer historischer Distanz von der Auseinandersetzung mit den theoretisch fundierteren Avancen und mit den tatsächlichen politischen Absichten der studentischen Gesellschaftskritik dispensiert zu sein. Dieses Missverständnis ist besonders eindrücklich am Leitbegriff der „Demokratisierung“ zu illustrieren: Die „Reformära“ der späten 1960er und frühen 1970er Jahre bis zur so genannten „Tendenzwende“ nach 1973/74 erfuhr „Demokratisierung“ in erster Linie als „politisch-kulturelle Leitvokabel“, die „Fortschrittsoptimismus“, den „Machbarkeitsglaube[n] der langen Jahre des Nachkriegsbooms“ und die „in den 1960er Jahren ruckartig gestiegenen Partizipations- und Emanzipationsansprüchen der westdeutschen Gesellschaft“ assoziativ verknüpft hatte.¹⁰⁷³ Auch die Mehrheit der Studierendenschaft in den 1970er Jahren verstand unter „Demokratisierung“ am ehesten die sanfte, schrittweise Reform – „mehr Engagement, gelebte Demokratie, Ehrlichkeit und Streben nach sozialer Gerechtigkeit“ –, nicht aber die von SDS und APO visierte radikale gesellschaftliche Umwälzung.¹⁰⁷⁴ Denn die teils heftig streitenden Teilgruppen des SDS immerhin die eine Grundüberzeugung, dass „wahre“ Demokratie nicht mit einem kapitalistischen Wirtschaftssystem vereinbar sei; im Antikapitalismus fanden die systemoppositionellen Strömungen – nicht primär in der Kritik politischer Herrschaft – den negativ-gesellschaftskritischen „kleinste[n] gemeinsame[n] Nenner“, während sie über die positive, d. h. inhaltliche Bestimmung der angestrebten besseren Gesellschaft stets in Dissens zerfielen.¹⁰⁷⁵ Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln blieb, ganz in der Tradition des klassischen Marxismus, notwendige Bedingung der angestrebten grundstürzenden „Demokratisierung“ im Zeichen voll-

1069 Große, Jürgen: 1968: Revolte und Regression, in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, H. 829/2018, S. 79-87, hier S. 81.

1070 Vgl. Kapitel II.1 dieser Studie.

1071 „[...] die Protestakteure der späten 1960er Jahre waren weniger Katalysator als Epiphänomene der Modernisierung.“ Gassert: Bewegte Gesellschaft, S. 105.

1072 Kraushaar, Wolfgang: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München 1998, S. 320.

1073 Wehrs: Protest der Professoren., S. 9.

1074 Wildenmann/Kaase: „Die unruhige Generation“, S. 56.

1075 „Historisch war Systemopposition stets antikapitalistisch, der Wunsch nach endgültiger Überwindung des Kapitalismus ihr kleinster gemeinsamer Nenner. Erst in dieser zukünftigen – und hier endet bereits die Gemeinsamkeit der Systemopposition – mal ‚soziale Demokratie‘, mal ‚Sozialismus‘ oder gleich ‚Kommunismus‘ genannten Gesellschaft, könnten die universalistischen Versprechen der Aufklärung des 18. Jahrhunderts, wie sie politisch in der US-amerikanischen und vor allem der Französischen Revolution vom Bürgertum im eigenen Klasseninteresse proklamiert worden seien, endgültig verwirklicht werden.“ Greven: Systemopposition, S. 221.

endeter Selbstbestimmung. Die frühe (und bis heute wirksame) Fixierung der öffentlichen Diskussion über die Studentenbewegung auf formalistische Aspekte (Grad der Radikalität und des „Ernstmeinens“ von Forderungen, Rückführung auf die Schemata demokratische Ordnung vs. tumultuarisches Chaos respektive etablierte Autoritäten vs. rebellische Jugend) veranlasste einen intellektuell versierten Aktivist der Neuen Linken, Johannes Agnoli, an die Kernintention der APO zu erinnern: das Einklagen *echter* (und angesichts der Situation eben außerparlamentarischer) politischer Opposition im Namen der „Befreiung der Abhängigen“.¹⁰⁷⁶ Das protestfeindliche ordnungspolitische Fühlen der bundesrepublikanischen Bürger, die Einbindung der SPD in ein „Bündnis mit der Herrschaft“ kapitalfreundlicher Politik, das völlige Fehlen fundamentaler politischer Alternativen in einem neuen, verfeinerten „parlamentarisch-technokratischen Staat autoritärer Prägung“ mit seinen sozialpolitischen Brosamen zur Niederhaltung sozialen Konfliktpotenzials – all das mache es unvermeidlich, an den essenziellen Grundgedanken egalitärer Emanzipation zu gemahnen, der in den vorgesehenen Kanälen politischer Einflussnahme schlicht versande. Demokratisierung heiße, an die Notwendigkeit fundamentaler Befreiung der Einzelnen aus ihrer Abhängigkeit von gesellschaftlich (und dadurch eben auch parteiförmig) vermittelter Herrschaft, vulgo: an einer modernen Form von Revolution zu arbeiten.¹⁰⁷⁷

Gewiss ist hier dann die Kritik anzubringen, dass die „politisch institutionalisierte Form dieser zukünftigen Herrschaftslosigkeit“¹⁰⁷⁸ – auch aufgrund der Ablehnung utopistischer Phantasien – nie konkret bestimmt werden konnte.¹⁰⁷⁹ Derartige Aporien ließ die APO insbesondere nach dem Juni 1967 hinter sich, als „Kritikfähigkeit und Diskussionsbereitschaft“ infolge des hitzigen politischen Klimas abnahmen und sich der medial präsente Rudi Dutschke sichtlich orthodox-sozialistischen Machtübernahme-Phantasien hingab.¹⁰⁸⁰ Heute verleitet die begriffliche Konvergenz dazu, die sozialistische Gesellschaftskritik des SDS in der Gesamtbewegung einer nur verbal überdrehten kritisch-rebellischen Studierendenschaft aufzulösen, die trotz oder gerade wegen ihrer inhaltlichen Fehlbarkeit und ihres oft gönnerhaft konstatierten Über-die-Stränge-Schlagens¹⁰⁸¹ als Schrittmacher der kulturellen Liberalisierung und der Verbreitung eines demokratischen Bürgerbewusstseins in der deutschen Gesellschaft fungiert habe. Derartige paternalistische Platzzuweisungen der westdeutschen Studentenbewegung sowie der nachfolgenden kommunistischen und spontanistischen Gruppierungen aber verfehlt wie gesehen Wesentliches, war doch die sozialmoralische Festigung der demokratischen Institutionen

1076 Agnoli: Zur ApO, S. 36.

1077 Ibid., S. 32-36.

1078 Greven: Systemopposition, S. 222 (Herv. i. O.)

1079 „Ex negativo lebt [...] die systemoppositionelle Demokratiekritik der sechziger Jahre [...] vom impliziten, gelegentlich als ‚wahre Demokratie‘ angesprochenen normativen Kontrast zur perhorreszierten Gegenwart.“ Ibid., S. 222.

1080 Ibid., S. 223f.

1081 „Noch ihre [der Studentenbewegung, J. S.] Radikalisierung, die speziell in der Bundesrepublik klar illiberale Züge aufwies, kann als überschießende Potenzierung dieser politisch-kulturellen Prozesse verstanden werden.“ Ibid., S. 21.

„weder das Verdienst dieser Systemopposition noch ihr Ziel. Konsequenter Weise fand die sozialliberale Reformpolitik nach 1969 auch nur in den seltensten Fällen Zustimmung bei ihren Repräsentanten, und nicht wenige fühlten sich in diesem ‚roten Jahrzehnt‘ weiterhin eher in den zahlenmäßig eher gewachsenen Organisationen und Zirkeln der Systemopposition als in der sozial-liberal geführten Republik politisch beheimatet.“¹⁰⁸²

Dabei verfehlt die Vorstellung eines undurchschauten oder fanatischen Dogmatismus insbesondere die frühe „Neue Linke“ zwischen 1961 und 1965. Theoretisches Reflexionsvermögen konnte trotz oder gerade wegen der strukturellen Aporien und Dilemmata durchaus entwickelt werden; und auch was die späteren Jahre des radikalisierten Protests betrifft, sollte die eskalative Wirkung der politischen und medialen Denunziationen, schließlich der teils drastischen polizeilichen Repressionsmaßnahmen, nicht unterschätzt werden, die für viele erst den Eindruck einer undemokratischen, „faschistoiden“ Republik plausibel machten. *Drittens* ist den noch immer verbreiteten Vorstellungen einer rebellischen „Generation“ von Studierenden entgegenzuhalten, dass das „Bewegungsnetzwerk“¹⁰⁸³ der APO gerade in ihrer formativen Phase nur durch das Engagement umtriebiger, geschickt agitierender und eher theorieferner Köpfe wie dem Charismatiker Dutschke und seinem Gefährten Rabehl entstehen konnte, ja förmlich von ihnen zusammengeschmiedet worden ist. Der „seminarmarxistische“ SDS der frühen 1960er Jahre wäre ohne diesen vergleichsweise kleinen Trägerzirkel wirkungslos geblieben:

„Erst durch die Thesen der Neuen Linken und ihrer Verbreitung über Zeitschriften, personelle Verbindungen und auf Kongressen wurden die Ostermarschbewegung, die Opposition gegen die Notstandsgesetze und die einzelnen Studenten- und Jugendverbände in die Lage versetzt, ihre bis dato getrennten Aktionsfelder jeweils als einen Teil einer tiefergehenden Transformation des bundesrepublikanischen politischen Systems zu begreifen. [...] Damit besteht die eigentliche historische ‚Leistung‘ der Neuen Linken [...] darin, die drei single-purpose-movements Ostermarsch, Studentenbewegung und Opposition gegen die Notstandsgesetze zu *einer* Bewegung *formiert* zu haben.“¹⁰⁸⁴

Womöglich wäre im Falle einer weniger aktiven, weniger auf die theoretische Auseinandersetzung oder den Westberliner lokalen Raum beschränkten Neuen Linken um den SDS der Auftritt einer anderen Form gegenkultureller (akademischer) Jugendbewegung wahrscheinlich gewesen. Doch im historisch gegebenen Fall entstand die Studentenbewegung eben aus einem Nukleus von Organisatoren, Netzwerkern und Einpeitschern, die für die Initiierung, Formung und Aufrechterhaltung des Protestgeschehens sorgten.¹⁰⁸⁵ Schließlich wird *viertens* aus all dem ersichtlich, dass die identitätsstiftenden bzw. identitätspolitischen Aspekte der Studentenbewegung von „1968“ nicht allein auf

1082 Greven: Systemopposition, S. 234 (Herv. i. O.)

1083 Richter: Die Außerparlamentarische Opposition, S. 45.

1084 Ibid. (Herv. i. O.)

1085 Für die zeitgenössische Sicht scheint die Organisations- und Agitationskraft der Studierenden dabei sogar eher Anlass für Konsterniertheit gewesen zu sein, die Glofizierung zu politikulturellen

eine linkspolitisierte Studierendenschaft zurückzuführen sind, sondern auch auf einer starken „rechten“ Gegenformation beruhten. Die APO blieb ja zu keinem Zeitpunkt ohne studentische Gegenspieler: Selbst auf dem Höhepunkt seines Mitgliederwachstums im Jahr 1967 zählte der SDS „nur“ 2.500 Mitstreiter – zeitgleich sammelten sich im RCDS, der sich bis zum Wintersemester 1969/70 zur größten Einzelgruppe in den Studentenparlamenten bundesweit emporarbeiten sollte, 2.300 Mitglieder. Sie bildeten zwei mobilisierungskräftige Minderheiten.¹⁰⁸⁶ Die durch diese Polarisierung hervorgerufenen Wahrnehmungsformen gesellschaftspolitischer Vorgänge werden von manchen als so tiefgreifend angesehen, dass sie sich, so der Kulturosoziologe Clemens Albrecht in Anlehnung an Wolfgang Eßbach, noch 50 Jahre später mit religionssoziologischen Kategorien fassen ließen: als Etablierung des erfahrungsresistenten Richtungsschemas „links/rechts“ („Bekenntnisreligion“), als Destruktion traditioneller Höflichkeitsregeln und christlicher Ordnungsvorstellungen zugunsten ökologischer moralischer Imperative der „guten Tat“ („Rationalreligion“), als eschatologische Aufladung der Theorie, die über die wissenschaftliche Erschließung des Ganzen zur gesellschaftsumstürzenden Wahrheit führen soll („Wissenschaftsreligion“), auch als ein über Gruppenplena, Satzungen, Lesekreise, usw. gefestigter Organisationsfetischismus („Verfahrensreligion“).¹⁰⁸⁷ Folgt man dieser Deutung, wird erklärlich, warum sich ursprünglich emanzipative Impulse in neue, selbst wiederum verfestigte und zähleibige Gewissheiten übersetzen konnten: „Der eruptive Enthusiasmus revolutionärer Bewegungen fließt in neue Glaubensformen, verzweigt sich, erkaltet und erstarrt.“¹⁰⁸⁸ Wenn der scharfe Kritiker Hermann Lübke „Schadensrelikte der 68er Bewegtheit“ bilanziert und dabei die Studentenbewegung als „politromantischen Rückfall“¹⁰⁸⁹ denunziert, zielt er unter anderem auf ebendiese Bekenntnishaftigkeit, ja Irrationalität des im Kern apolitischen¹⁰⁹⁰ Bekenntnisses zu imaginierten Politcliquen. Ja: Ganz von der Hand zu weisen ist es nicht, dass im Jahrzehnt von 1967 bis 1977 – wenn auch nicht allein durch „die“ „68er“ – die bundesrepublikanischen Grundsteine identitätspolitisch verhärteter Bewusstseinsformen und konformistischer Gruppenmoral¹⁰⁹¹ gelegt worden sein könnten. Auch wenn man keineswegs so weit gehen muss, der APO ein „ursprünglich regressives Motiv“ zu

Reformbeschleunigern setzte erst später ein. Die Sehnsucht nach der politischen Jugend ist ein Produkt der späten 1980er Jahre – vgl. dazu Kapitel II.3.2 dieser Studie.

1086 Vgl. von der Goltz: Eine Gegen-Generation von 1968?, S. 75 und 76f.

1087 Vgl. Albrecht, Clemens: Umziehende Götter. 1968 und die Transformation des revolutionären Enthusiasmus, in: Merkur. Gegründet 1947 als Deutsche Zeitschrift für Europäisches Denken, H. 832/2018, Berlin 2018, S. 65–70.

1088 Ibid., S. 66.

1089 Lübke, Hermann: 1968. Zur deutschen Wirkungsgeschichte eines politromantischen Rückfalls, in: Ders.: Politik nach der Aufklärung. Philosophische Aufsätze, München 2001, S. 129–149, hier S. 131.

1090 „Konservierte intellektuelle Wirtschaftsferne und schwach entwickelter Sinn für die moralischen Potentiale ökonomischer Rationalität – das ist der noch heute auffälligste Rest mentaler Prägung durch die restaurativen, modernitätsverweigernden ideologischen Orientierungsgehalte des 68er vermeintlichen Aufbruchs.“ Ibid., S. 149.

1091 „Der Cliquengeist der Radikalrevoluzzer, selbst der K-Gruppen, fügte sich harmonisch zum Verlangen nach möglichst reiner Meinungskonsumtion, nach Meinungsgemeinschaft jener, ‚mit denen man klarkommt‘ (Rainer Langhans). Die post-68er Winkelvielfalt der Alternativszenen bedeutet keine Schwächung, sondern eine Aus- und Ableitung der 1968 aktivierten konformistischen Impulse, des entfalteten Konsums aus bereitstehendem, bald auch handgefertigtem Daseins- und

unterstellen, nämlich „keine ideologisch weißen Flecken auf der Seelenkarte zu dulden“ und dem „Begehrt nach Eindeutigkeit, Ambivalenzreduktion, Nuancenabbau“ nachzugeben.¹⁰⁹²

Es gibt viel Faszinierendes an der Studentenbewegung der sechziger Jahre. Dazu gehört nicht nur die Sonderstellung des aus verschiedenen teils gegenläufigen Strömungen bestehenden SDS in seiner Orientierungs-, Reformations- und Findungsphase zwischen 1961 und 1965, dessen Kongresse, Denkschriften, Delegiertenkonferenzen und öffentlich geführte Auseinandersetzungen ein reges Debattenklima, ja eine intellektuelle Rauflust bezeugen. Dazu gehört auch das nach 1967 weit über den SDS hinausgreifende und kollektiv geteilte Selbstbewusstsein der deutschen Studierendenschaft als Sprengkraft rigider, überkommener Strukturen. Man kann darin wiederum bildungshumanistische und frühliberale Traditionslinien erkennen: Wieder verstand sich der akademische Nachwuchs, wenn auch diesmal unter Rückgriff auf das Theorem des „Substitutionalismus“ der objektiv gebotenen sozialistischen Revolution, als unverzichtbare Vorhut bzw. Avantgarde der gesellschaftlichen Transformation. Wie selbstverständlich dachte man sich selbst die unverzichtbare Anführerrolle zu. Das verleiht der Studentenbewegung der sechziger Jahre jene säkular religiöse Aura, die schon der nationalliberalen Burschenschaftsbewegung eigen gewesen war; ihre

„überbordende Defizienzerfahrung“ aber „erwuchs in ihrem Falle nicht aus materieller Not, sondern im Gegenteil aus einer Liberalisierung und einem stetig ansteigenden Wohlstand, die Ansprüche auf umfassende, schrankenlose Freisetzung und Triebbefriedigung nach sich zogen.“¹⁰⁹³

Dass zumindest die antiautoritären „68er“ womöglich tatsächlich Avantgardisten gewesen sind, allerdings eher im Sinne der frühzeitigen Herausbildung einer „produktiven“ postindustriell-konsumgesellschaftlichen Subjektivität¹⁰⁹⁴ horizontalisierter Hierarchien und projektbezogener Kreativität, zählt dabei zu den vielen Ironien von „1968“.

II.2.3 Antisemitische und völkische Mobilisierung in Weimar 1925-1933: Eine antidemokratische Studentenbewegung

Deutlich geringere wissenschaftliche Aufmerksamkeit wurde einer studentischen Mobilisierungswelle zuteil, die sich in den 1920er Jahren gegen die demokratische Republik von Weimar formierte. Von einer Studentenbewegung von „1933“, gar von einer „33er“-Generation kündigt kaum eine Sekundärdarstellung.¹⁰⁹⁵ Das ist wenig übertra-

Denkformenangebot.“ Große: 1968: Revolte und Regression, S. 85f. Sicherlich ist diese schroffe Abqualifizierung nicht vollends *sine ira et studio* verfasst worden.

1092 Ibid., S. 86.

1093 Kießling: Die antiautoritäre Revolte der 68er, S. 289.

1094 „Mit ihrer öffentlichen Inszenierung des eigenen Ich (ihrer Feier eines auf sich fokussierten, jede ihm übergeordnete Instanz ablehnenden Subjekts) griff die Revolte die Tendenz der postindustriellen Gesellschaft auf, die bürgerliche Innerlichkeit (Spontaneität und Kreativität) in den öffentlich-gesellschaftlichen Raum zu leiten und wirtschaftlich produktiv zu machen.“ Ibid., S. 285.

1095 Die seltenen Einsparungen in dieser Richtung sind in provokativer Absicht geschrieben und ziehen Parallelen zwischen den „33ern“ und den „68ern“, so prominent der Historiker Götz Aly: „Es mag die einst aktiv Beteiligten irritieren, doch knüpfte die linksradikale Studentenbewegung von 1968